

# Üibeder Volksbote.

## Organ für die Interessen der verhängten Bevölkerung.

Gesprächs-Nr. 924

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Gesprächs-Nr. 924

Der „Üibeder Volksbote“ erscheint täglich abends (außer am Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schanckstraße Nr. 36/38, und die Post zu beziehen. — Preis vierzehn täglich 15 Pf. — Monatlich 55 Pf. — Postzettelkarte Nr. 4089 u. sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die diergespaltene Zeitung oder deren Hauptausgabe 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeit- und Wohnungsauslagen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Anzeigetexte für die nächste Nummer müssen bis 1 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 34

Sonnabend, den 10. Februar 1906

13. Jahrg.

Steuern einer Städte.

### Die Verkehrssteuern.

Alle die Bedenken, die wir gegen die Erhöhung der Verkehrssteuern geltend gemacht haben, sprechen auch gegen die von den verhinderten Regierungen vorgeschlagenen Verkehrssteuern. Unter dem harmlosen Titel einer Abänderung des Reichstempelgesetzes muten sie dem Reichstag die Bewilligung von geradezu unsinnigen Erschwerungen des Handels und Wandes zu; so unsinnig sind diese, daß man sich des Verdachts nicht erwehren kann, sie seien lediglich deshalb erfunden, und in das Steuerbulletin eingeflossen worden, um für die Bewilligung der konsumistischen Stimmen zu machen, sintern die kapitalistischen Parteien aus Furcht vor den auch ihre Angehörigen hart treffenden Verkehrserschwerungen eher geweigt zelaßt, daß sie die Schultern der Arbeiterbevölkerung mit Bier- und Tabaksteuern stärker zu belasten.

Die vorgeschlagene Besteuerung der Frachtkünber, der Duitungen und der Fahrtarten lädt die erste Bedingung einer gerechten und gleichmäßigen Verteilung der Abgaben auf alle steuerpflichtigen Teile der Bevölkerung im höchsten Grade vermissen; sie ist nichts als eine Sonderbelastung bestimmter Gewerbe und bestimmter Gegenstände. Nach dem Inhalt des Regierungsentwurfs würden sich die Stempelabgaben im Post-, Eisenbahn- und Schiffsgüterverkehr folgendermaßen gestalten: Pakete mit 25 Pf. Porto tragen 5 Pf. Stempel; solche mit höherem Porto 10 Pf.; im Eisenbahnverkehr schwankt die Belastung je nach der Art der Sendung — ob Stichgut oder Wagenladung — zwischen 5 und 50 Pf.; im Schiffsvorkehr zwischen 5 und 1000 Pf. Dabei bleibt der Wert der Sendungen ganz unberücksichtigt: der Stempel auf Frachtkünbern belastet die kleinen Sendungen mit dem gleichen Betrage wie die großen, die geringwertigen ebenso hoch wie die wertvollen. Ob ein alter Hamburger Käse in einem Postpalet enthalten ist oder eine Handvoll Juwelen — der Stempel ist für beide gleich. Und trotz der Abstufung nach der Höhe des Portos wird der Nahverkehr unverhältnismäßig viel höher zur Steuer herangezogen als der Fernverkehr. Es liegt auf der Hand, daß gerade kleine und mittlere Geschäftsbetriebe durch eine derartige Stempelsteuer empfindlich gekroftzt werden müssen. Man nehme zum Beispiel ein Dutzendgeschäft der Kurzwarenhandlung mit Hartem Versand nicht eben hochwertiger Waren, das man außer dem Porto noch die Stempelosten tragen soll — das bedeutet einfach den Ruin! Schon haben Geschäfte nachgewiesen, daß ihnen eine Sonderabgabe von jährlich 7500 Pf. allein durch die Frachtkünberstempel aufgelegt werden soll. Es ist erstaunlich, mit wie leichter Hand die Regierungen eine durchgreifende Frachterhöhung um 20 Prozent dem deutschen Verkehrsleben aufzutragen zu können vermögen.

Aber es bliebt ja nicht bei dieser Frachterhöhung, sondern zu ihr tritt eine ebenso verhängnisvolle Besteuerung des Bahnverkehrs durch die Duitungsfesteuer ein. Sowit nicht besondere Fälle der Besteuerung vorgezogen werden, so fallen alle Duitungen bei einem Betrag von mehr als 20 Pf. einer Stempelabgabe von 10 Pf. pro Stück unterliegen. Welchen Umfang gerade diese Steuerart annehmen soll, mag man daraus ersehen, daß auf Grund der Poststatistik allein der Ertrag der Stempelabgabe von Postanweisungen — die man ja bekanntlich quittieren muß, wenn man überhaupt in der glücklichen Lage ist, welche zu bekommen — mit 8 000 000 Pf. bezeichnet wird. Wenn man einen Preis für diejenige Steuer aussetzen würde, die den Bahnverkehr am meisten belastigt, dann müßte der Bahnverkehr der Duitungsfesteuer ihn erhalten. Aber nicht nur läßig ist sie, sondern wiederum höchst ungerecht; denn da der Bahnverkehr, der sich ohne Duitungsteilung abwickelt, von dem Duitungstempel befreit bleibt, so gewinnt natürlich die Warenhäuser und die Einkaufshäuser mit beschleunigter Kaufschaft eine außerordentliche Vorzugung. Schlimm daran sind doggen die kleinen. Gesezt den Fall, in einem kleinen Geschäft kaufe ein Mann für 50 Pf. Waren auf Kredit, die er sich mit der Post zusenden läßt; dann ruhen auf dem Kause folgende Kosten: 10 Pf. Stempel für die Frachtkünbe, 10 Pf. Stempel für die Postanweisungsquittung und nochmals 10 Pf. Stempel für die formale Empfangsbestätigung, die der Geschäftsmann seinem Kunden erteilen muß. Das ist schlechthin ungewöhnlich. Also wird der Stempelfesteuerhinterziehung Türe und Tor geöffnet, wenn nicht gar durch Vernachlässigung der Duitungsteilung Unfaßbarkeit in Handel und Wandel einsetzt. Die Stempelfesteuerhinterziehung verzögert dann wiederum zu Denunziationen und Ermittlungsversuchen, die der öffentlichen Moral wahrlich auch nicht auf die Weine helfen, unsauberen Elementen aber bißig Mittel zur Schänke abgeben. Die von erwähnte ungewöhnliche Belastung gerade der minderbestellten Volksschicht durch den Stempel auf Duitungen steht nun deutlicher in die Erweinung, wenn ein Duitungsberechtigter auf Grund seiner wirtschaftlichen Lage genötigt ist, sich Teilzahlungen aufzumachen. Dann muß er unter

Umständen für jede seiner kleinen Ratenzahlungen Quittungsstempel entrichten, während sein besser situerter Nachbar für dieselbe Ware, die er mit einem Male bezahlt, nur einmal die Marke zu leben braucht. Und das nennt sich dann „Mildsicht auf die Verkehrsflüchtigkeit“ und „Schutz des Mittelstandes“!

Die Besteuerung des Personenverkehrs ist schon das allerhäufigste für uns, die wir doch im „Reitkeller des Verkehrs“ leben! Personenzahlarten sollen, sofern der Fahrpreis den Betrag von 2 Pf. übersteigt, in der ersten Klasse 40, in der zweiten 20, in der dritten 10 und in der vierten 5 Pf. tragen; im Dampfschiffsvorkehr — der für Uebereit eine besonders große Bedeutung hat — soll jede Fahrt um 10 bzw. 20 Pf. versteuert werden, wenn ihr Preis über 2 Pf. hinausgeht. Ist diese Personenzahlartenbesteuerung natürlich in erster Linie für die gewerbsmäßigen Reisenden empfehllich, so doch auch für den gewöhnlichen Verkehr unserer Bahnhofsinstitute. Schließlich unerträglich wird sie aber für die Bewohner kleinerer und abseits gelegener Orte: man kann eine Fahrtkarte 3. Klasse von Köln nach Königswinter lösen und zahl dabei 10 Pf. Stempel; aber eine Fahrtkarte 4. Klasse von Köln nach Flensburg gibt es nicht; wahrscheinlich müßte der arme Teufel, der diese Fahrt unternimmt, 4 oder 5 verschiedene Karten lösen und für jede natürlich seinen Obolus an den Steuerstab entrichten. Warum ist er auch arm und wohnt in Klötzchen?

Wo immer man diese Verkehrssteuern anpackt, da zeigt sich ihre Sinnlosigkeit und Ungeachtlichkeit. Ihnen wahren Wesen nach sind sie nichts als Strafen auf die Entwicklung des Verkehrs. Um dem Militarismus seine Opfer zu sichern, wird der Verkehr folgeschlagen, zu dessen angeblichem Schutze der Militarismus dienen soll!

### Sozialdemokratische Wahlkreise 1906.

Deutschland.

Aus dem Reichstag. Der Reichstag setzte gestern die Generaldebatte über die Sozialpolitik ohne besondere Zwischenfälle fort. Buerst prodizierte sich der national-liberale Abg. Lehmann, den die Arbeiter von seiner schamlosen Beschimpfung der Kriminalläufer her wohl noch in wenig angenehmer Erinnerung haben, mit allerlei Bobesymmen auf das Unternehmertum in der Textil- und allerlei Spottgejüng auf die Partei und Gesellschaftsvergäng, die angeblich der gänzlichen Geist- und Bedeutungslosigkeit dieses thüringischen Gußpächters von unserer Faktion in gleichmäßiger Heiterkeit aufgenommen wurden. Dann predigte der National-Schack über die Interessenharmone der Arbeiter und Unternehmer und über den unerträlichen Interessengegensatz und Klassenkampf der Handelsangestellten gegen die Handelsherren. Seine sozialpolitischen Forderungen für den Handlungszehlfeststand sind recht beschönigend: Ausdehnung der Sonntagsruhe und Auflösung von Handelsklappstören. Der sozialdemokratische Abg. Pauli ist Sachverständiger seiner Fraktion für die Sozialpolitik, weiß aber fast nie, worum es sich bei den einzelnen Gegenständen, Schilderungen und Forderungen eigentlich handelt. Seine Schwärmerei für den Besitzergangsnachweis ist bekannt. Als oberster Reaktionär entpuppte sich der Freisinnige Volkspartei Eichhoff, der sich seinen Freund Magden unter den Arm nahm und schwor, mit ihm zusammen die Wacht am roten Meer halten zu wollen. Herr Magden wird gewiß besonders dazu befähigt sein, da seine Vorfahren ja bekanntlich ohne nach zu werben, das rote Meer durchschritten haben. Die Richtung des sozialpolitischen Fortschritts handelt zuerst der Abgeordnete v. Gerlach weiter, der sich mit aller Entschiedenheit von dem Pragdansatz loszog und im frivolen seine Forderungen für die Landarbeiter und das Gefinde unter der größten Unzufriedenheit der Rechten aufstellte. Genosse Schäfer nahm eine gründliche Abrechnung mit dem Zentrum vor. Gegenüber den unaufhörlichen Erzählungen der Öl- und Erzberger vom Terrorismus der Sozialdemokratie, holte er einmal die unbeschreibbare Lüste der Gewalttaten faulnisterischer Anarchisten gegen unsere Agitatoren und Flugblattverteilern, katholischer Fachverein der christlichen Gewerkschaftsvertreter, katholischer Pfarrer und Unternehmer gegen christlich organisierte Arbeiter hervor. Die Furcht der Herrschenden von der „Revolutionsspiele“ der Sozialdemokratie führte er mit Recht auf ihre Abreitung gegen eine evolutionistische Arbeiterpolitik zurück und zeigte an dem Beispiel des Berggesetzes und des Bergarbeiterforderungen, wie wenig die herrschenden Klassen buntzutage genutzt sind, den bestechenden Steuern und herzlosen Arbeiterforderungen Einigkeit zu tun. Heute geht die Debatte weiter.

Der Bülowfürst hat gestern abend auf dem Gesamtmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats in einer Rede ebendas dokumentiert, daß er ein warmes Herz für die notleidenden Agrarier besitzt. Er dankte zunächst den Agrarern für ihre anerkennenden Worte, die sie ihm und dem Landwirtschaftsminister für ihre Haltung bei der Fleischverarbeitung gezollt hätten. Trotzdem fehlt es nicht an Lade. Über daran habe er sich schon gewöhnt; so

hat ihm vor einigen Tagen von einem langjährigen Schulfreund vorgeworfen worden, daß die Reichsfinanzreform einen revolutionären Charakter trage. (Wer lacht da?) Ja seinen weiteren, zum Teil freien Büchern zitierten Ausführungen gab Bülow bei Hoffnung Ausdruck, daß der tatsächliche Blick des Oberschweinfüchters Bod, sowie sein Organisationstalent der Landwirtschaft noch lange an verantwortlicher Stelle erhalten bleibe möge. Zum Schluss hielt Bülow noch eine seiner berüchtigten Sozialistenpaulen, auf die einzugehen sich ihrer Dummheit wegen nicht verlohat. Auch Bod hielt natürlich eine Einprache. Leider sagte er nicht, ob er seinen Reichslehrer schon gepackt habe. Man schwatzt also immer noch in Wahnsinn und darüber, ob dem deutschen Volk der wirtschaftliche Schweinebild Bod erhalten bleibt oder nicht.

Zimmer neue Millionen für die Land und Dornenwüste! Für Deutsch-Südwüsteika werden der Königslab. Allg. Big. zu folge in nächster Zeit noch ein oder möglichstweise mehrere Nachträge des Reichstags vorgelegt werden, da die zuletzt bewilligten Mittel bereits erschöpft seien. Wir Nachfragestaat sind bereits bewilligt; der nächste Werbungsvorstand ist vorläufig genehmigt. Wenn das Millionenverpflasterungsgeschäft in dem Stile weitergeht, kann man sich auf böse Überraschungen gefaßt machen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage folgende Interpellation über das Gründungslück „Vorussia“ eingefordert: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, durch Ausserachtlassung welcher Arbeiterschaftsbestimmungen am 10. Juli 1905 auf der Kohlenzeche „Vorussia“ bei Dortmund ein Schachtbrand eingetreten ist, durch den 39 Arbeiter getötet worden sind? Was geschieht der Herr Reichskanzler zu tun, damit ähnlichen Gründungslückfällen vorgebeugt wird?“ Diese Interpellation kommt voraussichtlich am Freitag zur Verhandlung.

Die Zigarettensteuer bildete auch gestern den Gegenstand der Beratungen in der Steuerkommission des Reichstags. Hierzu erledigte zunächst den Rest des Antrages Held — die §§ 14 bis 27 — und nahm die Abänderungen des Regierungsvorlasses mit unwesentlichen Abänderungen an. Hieraus wurde ein v. Elm und Genossen bearbeiteter Zusatzparagraf 27 a beraten, der für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie, die nach dem Inkrafttreten des Zigarettensteuergesetzes arbeitslos werden, eine Entschädigung verlangt. Ein Antrag Stab-Wolff willigt ebenfalls eine Entschädigung für die infolge des Gesetzes arbeitslos werdenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenbranche, jedoch mit der Beschränkung, daß nachgewiesen werde, daß die Betroffenen eine entzährend gleichwertige Beschäftigung nicht finden konnten. Staatssekretär Freiherr v. Stengel rät dringend von der Annahme beider Anträge ab und weist auf die Schwierigkeit ihrer Ausführung hin. Es sei unmöglich, festzustellen, ob der Eintritt der Arbeitslosigkeit einen Grund für Steuergebot oder zum Beispiel in der Einführung des neuen Zolltarifs haben wird. Zur Zeit herrsche eine große Überproduktion in der Zigarettenindustrie angesichts des kommenden Gesetzes. Hierauf wurden beide Anträge abgelehnt.

Die Wahlbewegung im Chemnitzer Reichstagswahlkreise. Die Wahlagitation im 16. säkularen Wahlkreise ist jetzt fast in Gang gekommen. Unsere Parteigenossen waren natürlich schon fleißig zu einer Zeit bei der Aktion, als sie im gegenwärtigen Lager noch nichts übten. Das lebhafte Interesse der Arbeiterschaft an der Nachwahl trat schon bei der Nachprüfung der Wählerlisten in die Erscheinung. Noch bei keiner Wahl im Kreise sind die Wählerlisten so vollständig wie hier eingetragen worden wie diesmal. So wie den Parteiparteien ist es auch den Freikirchigen recht vorausgeworden, bis sie einen Durchfallkandidaten aufstellen konnten. Sie nehmen an, daß in den Reihen der nationalliberalen Partei starke Abneigung gegen die Kartellparteidame Hermendorf besteht und hoffen deshalb auf eine nicht unbedeutende Vermehrung ihrer Stimmen. Zu dem Zweck glauben sie auch einen außergewöhnlichen Kandidaten aufzubringen zu müssen: der Bankier v. Günther. Abgeordneter Günther hat sich höchst geschäftslos lassen. Nun wird er mit jahreszeitlichem Tantum den Wählern angepriesen als ein Mann, der für sich allein ein Programm bedeute. Der Freisinn dankt als Partei vollkommen ab. Er beruft sich nicht mehr auf Grundlage, lehrt nicht mehr sein Programm hervor, sondern sagt seine ganze Hoffnung auf einen Mann, den einzigen Mann in Sachsen, den Ober-Oskar Günther. Das Gefühl dafür, wie traurig das ist, haben die Freisinnern offenbar ganz verloren. Zur Öffnung des Wahllokals hatten sich die bürgerlichen Parteien den Sonntag ausgesucht, an dem in Sachsen und Preußen die Arbeiterschaft für ihre Wahlrechtsforderungen demonstrierte. Wie auf Grabrede veröffentlichten die Kartellparteien und die Freisinnigen Wahlaufrufe. Sie führen das Bedürfnis, ein Gesetz zu den nachdrücklichen sozialdemokratischen Verhandlungen zu liefern, die an diesem Tage auch im Chemnitzer Wahlkreis stattfanden. Auf dem vollen Höhe der Gemüthsanstalt zeigte sich

der Freiheit. Während die Kartellmänner sich in der Hauptstadt darauf beschwerten, die angeblichen Vorzüge ihres Kandidaten gegenüber unserem Genossen Moskow, der ihnen zu "jugendlich" und als "Schwärmer" und "Theoretiker" erachtet, fielen die Freiheitlichen schmähend, hingegen und denunziert über die Sozialdemokratie her und zwar hauptsächlich wegen des Vorgehens unserer Partei in der Wahlrechtsfrage. Nicht in der Kämpfung der Reaktion erblieb der Thematiker Freiheit seine Aufgabe in dem Augenblick, wo die gesamte reaktionäre Gippschaft in Sachsen und im Reich sich wie besessen gebärdete, sondern er erklärte an der Spitze seines Auskusses:

Dringender als je ist es heute erforderlich, mit allen Kräften den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen, deren wesentliche Aufgabe darin besteht, die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung bis aufs Messer zu belämmern. Die Gewinnung der Staatsgewalt durch das Proletariat schwächt dieser Partei als Ideal vor, ein Ziel, welches, wenn überhaupt, nur auf dem Wege der offen verherrlichten und angeschworenen gewaltsumen Revolution erreicht werden könnte. . . . Gegen diese staats- und kulturreaktionären Blüten anzukämpfen muß die erste Röhrigkeit eines jeden sein, der es gut meint mit der Wohlfahrt des Vaterlandes und mit seiner freiheitlichen Entwicklung."

Gründlicher Dienst als "Schleppenträger der Reaktion" vermag der Freiheit kaum noch zu leisten. In ihrem ersten Flugblatt spinnen die Freiheitlichen denselben Faden weiter. Als erste Empfehlung für ihren Kandidaten führen sie weiter, daß er seit Jahren unermüdlich gegen die Sozialdemokratie kämpft! Die Kartellparteien haben bisher noch gar keine Versammlung abgehalten. Dafür beginnen sie jetzt den Kreis mit den bekannten Schmähchriften des sowjetischen Bereichs zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu überschütten. Das kostet sie gar keine geringe Anstrengung; die Geldkosten kann ihr Durchgangsland leicht tragen, denn er hat aus den Knöchen der Arbeiter seiner Dienstbetriebe Millionen herausgeschlagen. Darüber sind sich die Kartellparteien klar, daß sie in diesem Kampfe nur Stimmen zu verlieren haben. Zahlreiche sozialdemokratische Versammlungen haben schon stattgefunden. In dieser Woche sprachen außer dem Kandidaten noch die Genossen Bebel, Gehr, Singer, Ad. Hoffmann, Göhre, Maurenbrecher. Dass der 13. Februar ein neuer Ehrentag für unsere Partei sein wird, darf schon jetzt als sicher gelten.

Die "polnische Gefahr." In einem Erlass des Landrats von Rüting an die Bewohnerung des Kreises Sprottau wird diese auf die in Niederschlesien immer mehr anwachsende polnische Gefahr aufmerksam gemacht und daran erinnert, wer Besitz an Polen verfügt, über sich den Vertrag zu Kaiser und Vaterland. Der Landrat fordert die Gemeindevertreter auf, ihm sofort Mitteilung zu machen, wenn im Kreise polnische Kaufagenten ansässig sind. — Diese Deutschen scheinen also nicht nur Gott, sondern neben der Sozialdemokratie auch die Polen zu fürchten.

Großulöses Gesindel. In der Kaisergeburtstagsnummer der Jagdzeitung Sankt Hubertus sagt ein "Eselster und Wester" (v. Notzen) den Kleinbauern, die sich bei Wahlen so gern für die Zwecke der Großgrundbesitzer missbrauchen lassen, folgende lästliche Liebenswürdigkeiten: "Über nicht zum mindesten ist der Wild, resp. Feldschaden auf fremdem Grund und Boden für den Vächter resp. Besitzer von Rottwaldbieren die unangenehmste Seite bei allem Ideal, die man sich denken kann, nicht nur, sobald der geschädigte Gelbheu in Frage kommt, sondern auch, weil dem strohulösen Gesindel die beste Gelegenheit zu weiteren unnötigen Hetzerien gegen die Jagd und unsere Wildbestände in die Hand gegeben wird, wie es nicht nur einmal, sondern leider schon öfter wirkungsvoll bewiesen hat." — Das "strohulöse Gesindel" sind die geschädigten Kleinbauern, deren Bestrebungen um gesetzlichen Schutz gegen die oft unerträglichen Wildschäden den jüngsten Jagdfreund in tobenden Zorn verfegt hat. Wir werden bei den Wahlen die Kleinbauern nachdrücklich an solche "Liebenswürdigkeiten" erinnern!

Armer Lucanus! Die persönliche Bulle für Herrn v. Lucanus, welche die Regierung in Höhe von 10000 Ml. zu dem bisherigen Gehalt von 20000 Ml. beantragt hatte, ist von der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses abgelehnt worden. — Wird er nun sterben und keine Minister mehr in das Jenseits der Parteileidenschaft befördern?

Der "deutsche Landwirtschaftsrat", die zweite Garantur des agrarischen Heerhauses, der sich alljährlich im Februar in Berlin eine Reihe von Stellvertretern gibt, tagte am Dienstag. Er beschäftigte sich zunächst mit Klämmungen gegen den Grund und Boden und verlangte, daß die Landesgesetzgebung den Mikrländern auf diesem Gebiete entgegentrete. Dann erörterte man den Gesetzentwurf über den Versicherungsvertrag, der im allgemeinen Zustimmung fand. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die Reichsversicherungssteuer. Referent Freiherr v. Pfeiffer stellte den Antrag, prinzipiell eine Abteilung des Reichserbschaftsvertrages zu fordern; eventuell aber, im Falle der Annahme, sollte dem Reichstag eine Reihe von Leitsätzen zur Verabsichtigung überwiesen werden. Danach sollte für den Wert des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes bei der Berechnung der Erbschaftsteuer der Reitertrag, für Baugrundstücke in der Umgebung größerer Städte der Verkaufswert zu Grunde gelegt werden. Bei Berechnung land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes sei am Antrag des Steuerbehörde Stundung und Mietenzahlung der Erbschaftsteuer bis zu fünf Jahren zu gewähren. Eine Ausdehnung der Steuer auf Descendanten und Ehegatten sei zu verhindern. Der Berichterstatter zeigte sich sehr indigniert darüber, daß die Regierung den Steuerentwurf ohne jede Mitwirkung des Deutschen Landwirtschaftsrats zustande gebracht habe. Er behauptete, der Entwurf wiede den Sinn der landwirtschaftlichen Besitzverteilung bediente und zur Mobilisierung des Grundbesitzes führe. — Rittergutsbesitzer v. Rüting. Charlottenhof ging mit dem Entwurf noch härter ins Gericht. Wenn Bebel Reichskanzler und Singer Reichsminister wäre, würde man sich über den Entwurf nicht zu wundern brauchen. Aber in einem Augenblick, wo die Regierung sagt, sie wolle alles tun, um die schädlichen

Folgen der Hera Capri wieder gut zu machen, ist dieser Entwurf ganz unverständlich. Für den Grundbesitz bringt diese Steuer einfach den Todesschlag. — Einige Diskussionsredner lobten zwar mehr Zurückhaltung, aber im ganzen stellten sich die feudalen Agrarier so, als wenn die Reichs-erbstaatssteuer den Sinn der Besitzverteilung bedeute. Den Herren am Regierungstisch hilft das Herz in die Hosen, als Herr v. Rüting die Wendung von Bebel und Singer gebrauchte. Man wagte nur, weiterhin zu replizieren, daß das eigentlich eine Überreibung sei; Reichskanzler und Landwirtschaftsminister hätten doch ein Herz für die Landwirtschaft. Schließlich stellte sich der Landwirtschaftsrat auf den schroffen ablehnenden Standpunkt, indem er kurzerhand Punkt 1 der Resolution annahm, also von dem Reichstag die Ablehnung des Erbschaftsteuergesetzes verlangte. Die Herren Juncker und sonstigen Großagrarier sind eben keine Freunde von Steuern, die sie selbst und ihre Beifragenden mit zu bezahlen haben. In dieser Beziehung stand sie ungeheuer selbstlos. Das Steuerzahlen überlassen sie gern anderen und da stand sie auf Kosten dieser anderen sonder sehr freigiebig. Sollen sie aber einmal selbst mit zum Steuerzahlen herangezogen werden, dann legen sie sich energisch auf die Hinterbeine.

Isaac Witboi, der Nachfolger Hendriks, hat sich, wie schon früher der Unterlapplän Samuel Isaak, am 3. Februar mit seinem Anhang den Deutschen ergeben.

Im Deutschen Reichstag Preußens kam gestern eine Interpellation Brügel (Bentr.) zur Verhandlung, die vom Handelsminister Ankunfts darüber verlangte, ob die an dem Grubenunglück auf der Kohlengrube "Roussia" bei Dortmund schuldigen Personen zur Verantwortung gezogen worden sind, oder ob von dem Ergebnis der amtlichen Untersuchung über die Ursachen noch nichts bekannt geworden ist, und ferner, ob der Minister seitens der Bergbehörden nach dem Unglück getroffenen Maßnahmen für ausreichend hält, um ähnlichen Grubenunfällen vorzubeugen. Handelsminister Delbrück erwiderte: Mein Amtsvorgänger hatte die Auseinandersetzung in der Presse schon angeordnet, diese unterblieb aber, weil eine amtliche Darstellung bald zu erwarten war. Diese ist jetzt erfolgt, doch waren Rückfragen notwendig. Zukünftig wird gegebenenfalls eine schnellere Berichterstattung erfolgen. Eine Übertretung seitens des Betriebsführers scheint vorzuliegen. Die Schuldigen werden zur Verantwortung gezogen werden. Als der Brand in der Grube entstand, verloren die Arbeiter den Kopf und sandten die Hydranten nicht. Sie verkrochen sich hinter der Wettertür. Wäre die Belegschaft ruhig geblieben, wäre nicht eine Reihe ungünstiger Unfälle eingingen, so hätten lästige Zeiten hinauskommen können. Von den Behörden ist alles geschehen, was erforderlich war, um die Ursachen des Unfalls zu ermitteln. Bei der folgenden Versprechung betonte Abg. Brügel (M.) , daß seitens der Regierung eine fröhliche Auflösung erforderlich gewesen wäre. Abg. Goldschmidt (FDP.) erklärte, die Behörden hätten durch die einige Wochen vorher an der gleichen Stelle passierte Explosion gewarnt sein sollen und eine besondere Beaufsichtigung ausüben müssen. Minister Delbrück verteidigte sich gegen die Angriffe des Vorredners und erklärte, die Explosion aus den letzten Wochen sei von den Arbeitern nicht mitgeteilt, und konnte daher auch keine Revision veranlassen werden. Abg. Trümbeck (Bentr.) wunderte sich, daß der Minister nach einem halben Jahre noch keine amtliche Darstellung zur Verfügung hat. Abg. Kessel (SPD) erklärte für wünschenswert, elektrische Alarmvorrichtungen anzulegen. Nach weiteren kurzen Aussführungen der Abg. Koranth, Brüst, Hilck und Goldschmidt dankte der Minister den Rednern für die ruhige Behandlung der Materie und versprach, die gegebenen Anregungen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Darauf wurde die Versprechung der Interpellation geschlossen.

Als progressiv nach unten wachsende Steuer stellt sich nach Erhebungen der Mannheimer Handelskammer die Quittungs-, Frachtbrief- und Paketabreissen-Steuereinheit heraus. Der Handelskammer haben zirka 280 Firmen Auskunft gegeben. Danach würde, wie der "Fels. B.Z." berichtet, die prozentuale Belastung des gewerblichen Einkommens der berichtenden Firmen betragen bei einem gewerblichen Einkommen

von 1 bis	3000 Ml.	29,5 p.C.
" 3 "	5000 "	15,2 "
" 5 "	10000 "	11,0 "
" 10 "	20000 "	7,5 "
" 20 "	50000 "	5,5 "
" 50 "	100000 "	4,7 "
" 100000 bis 1 Million	"	1,2 "
über 1 Million	"	0,4 "

Die absolute Belastung der zirka 280 Firmen, welche Bahnenmaterial geliefert haben, würde über 600000 Ml. betragen. Schon diese Belastung einiger Hundert Mannheimer Firmen zeigt, daß wiederum die schon jetzt am schwersten belasteten Großäder und Industriebetriebe am stärksten zur Steuer herangezogen werden sollen. Denn während das Deutsche Reich bei 60 Millionen Einwohnern 57 Millionen Mtar Frachtabreise- und Umlaufzettel ausbringen soll, also noch nicht 1 Ml. pro Kopf, entfallen auf den Mannheimer Handels- und Fabrikbezirk mit gegen 200000 Einwohnern bei noch nicht 280 Firmen allein 600000 Ml., das sind also bereits mehr als 3 Ml. pro Kopf der Bevölkerung; wenn man die übrigen mehr als 2000 Firmen und das ganze Privalpublikum hinzugerechnet werden, müßte Mannheim an diesen Steuern wohl ungefähr das Zehnfache des Reichs durchschnitts aufbringen. Und dabei ist die Belastung bei dem kleinsten Gewerbe am stärksten am höchsten! Die Fahrkartensteuer würde ein Verhandsgeschäft mit 1000 Ml. ein anderes mit 2000 Ml. treffen, fast doppelt so hoch wie die Gewerbesteuer! Zugleichem begeistern sich auch nationalliberale Abgeordnete für die Fahrkartensteuer!

### Aufklarung.

Eine Geheimkanzlei Plehwes ist vor einigen Tagen in Petersburg entdeckt worden. Dem Russischen Konsul wird darüber berichtet: Die von dem ermordeten Minister Plehwe begründete Geheimkanzlei, von deren Existenz bei Lebewohl Plehwe nur wenige Personen seither allernächstes Ungeheuer etwas wußten, war so geschickt organisiert und geleitet, daß auch nicht die geringste Spur dessen, was in dieser "Kanzlei" geschah, in die Öffentlichkeit drang,

Und doch wußte in ihr, wie jetzt ermittelt worden ist, eine fürchtbare Inquisition. Die unglücklichen Opfer, die da hinuntergetreten, verschwanden spurlos. Es war nur die Opfer weiß am Leben belassen, aber niemand konnte ermitteln, wohin man die so plötzlich verschwunden Personen geschafft hatte, oder was sonst mit ihnen geschehen war. Da aber die Nachforschungen bestmöglich der öffentlichen Verfolgungen immer mehr anhäuften, und des öfteren festgestellt wurde, daß bei der Fürsorge um einzige irgendwo im hohen Norden des weiten Russenreiches aufgefundenen Verbündete der russischen Polizeiverwaltung jegliche Angaben fehlten, ging man der Sache auf den Grund und stellte dabei auf die Geheimkanzlei Plehwe. Bissher ließ sich nicht feststellen, wieviel Personen dieser Inquisitionskammer zum Opfer gefallen sind, denn alles war mit einem unbürokratischen Schleier nach teuflisch durchdachtem Plan verbreit. Wie stottert aber dort gearbeitet wurde, beweist schon das jetzt zutage geförderte Material. Die ebenso energisch wie mit größter Vorsicht seitens der russischen Staatsanwaltschaft geführte Untersuchung verspricht in politischer Beziehung äußerst wichtige und für das System Plehwe sehr bezeichnende Einzelheiten zu offenbaren.

Frühjahrsherausichten der Revolution. Die "Vorwärts" entnimmt einer Petersburger Zeitung folgenden Artikel: Wie ein Telegramm aus Moskau meldet, befindet sich Bladwokol wieder in den Händen der Aufständischen. Die Privataufrufe über den Geist der mandschurischen Armee laufen derartig, daß von einer Disziplin unter dieser Armee keine Rede sein kann. Was soll aber aus Rusland werden, wenn diese Armee in die Heimat zurückkehrt? Graf Witte meinte zwar vor einiger Zeit, die Gerichte lägen die Exesse der mandschurischen Soldaten seien arg übertrieben, es seien höchstens 30 Proz. dieser Armee revolutionär. Personen, die aus Charkow unter unendlichen Mühseligkeiten nach Petersburg zurückkehrten, berichten über ganz entsetzliche Dinge über die Disziplinarlosigkeit der mandschurischen Armee. Wir siehen eventuell vor der Gefahr, daß die mandschurische Armee, die es nicht verstand, den japanischen Feind zu besiegen, in Rusland, ihrem Heimatland, "Siege" erscheinen wird. Auch die Bauernbewegung droht einen verhängnisvollen Charakter anzunehmen. Ein höherer Beamter aus dem Innern Ruslands teilte mir mit, daß die Bauernschaft, soweit sie sich von Exessen noch fernhält, dies nur in Erwartung der kommenden Landesverteilung tut. Im Frühjahr haben wir also aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer allgemeinen Erhebung des russischen Bauernstandes zu rechnen, die sehr leicht weit größere Dimensionen, als die bisherige Arbeiterrevolution annehmen kann. Wenn nun noch die mandschurische Armee, die mit Waffen und Munition gut versehen ist, mit den revolutionären Bauern gemeinsame Sache macht, so haben wir im Frühjahr eine Revolution, die den politischen und wirtschaftlichen Erfall Ruslands bedeuten kann. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Regierung sich befreien von jedem Optimismus fernhalten möge, und dessen eingedenkt sei, daß der kommende Frühling sehr ernste Anforderungen an die Energie der Regierung stellen wird. Die jetzige Regierung sieht es ja, temporäre Gesetze zu erlassen. Möge sie auch der Agrarfrage durch humane temporäre Bestimmungen die bedrohliche Schärfe nehmen. Möge die Regierung auch, so lange es noch Zeit ist, die Bedürfnisse der mandschurischen Soldaten, die im Winter oft mit Pappr-, Filz-, Stiefeln in Schnee und Eis vor dem Feinde gestanden haben, in humaner Weise berücksichtigen!

Wahnsinniges Urteil. Das Kriegsgericht in Kiew verurteilte den 18jährigen Gaslawsky, welcher einen Polizisten bedroht hatte, zum Tode durch den Strang.

Die Verhandlungen gegen Leutnant Schmidt in Sebastopol, die vorgestern begannen, sind bis zum 20. Februar abgebrochen worden und zwar auf Anordnung des Kriegsministeriums in Verbindung mit dem Justizministerium.

Ein "Gang". Zum Aufstand in den baltischen Provinzen wurde eine "wichtige" Verhaftung gemacht. 15 Personen des Komitees der Kämpfenden Arbeiterorganisationen wurden verhaftet, darunter zwei Frauen. Viele Proklamationen und Dokumente wurden konfisziert. Außerdem wurden in Kiel 1300 Flinten, 400 Revolver und 90 Pistolen, die den Bewohnern von Seal abgenommen waren, beschlagnahmt. In Kiel wurden fünf Revolutionäre erschossen, in Rostock drei, 60 Revolutionäre wurden schweren Körperstrafen unterzogen. — Die Bärschergen arbeiten "gut".

Auch Du, mein Sohn Brutus? Ein Neffe des Ministers des Auswärtigen, Grafen Lambsdorff, Graf Galagan, ist unter der Beschuldigung politischer Unzulässigkeit verhaftet worden.

Gerichtet. Polizeichef Kandakov ist in Benja ermordet worden. Der Mörder wurde festgenommen.

### England.

Die Erfolge der Arbeiter bei den Parlamentswahlen geben einzelnen Organen der liberalen Partei bereits Anlaß, erstmals die Einführung des Stichwahlsystems (bisher entschieden in England lediglich die relative Mehrheit) zu erwägen. Es wird gehofft, daß sich bei Stichwahlen die beiden bürgerlichen Parteien vereinigen und so die Arbeiterkandidaten zu Fall bringen. Jedoch könnte das Stichwahlssystem die umgekehrte Folge haben. Unter dem bisherigen politischen System, Englands (und auch Nordamerikas) das auf der abwechselnden Herrschaft der zwei großen politischen Parteien beruht, bildete sich bei den angelsächsischen Arbeitern das "Prinzip" aus, daß to weste his vote, seine Stimme nicht wogzuwerfen, mit anderen Worten, für die jeweils aussichtsvollste Partei zu stimmen, gegen Versprechungen natürlich. Sogar manche, die Mitglieder sozialistischer Vereine sind, trieben bisher diese "praktische Politik", damit "ihre Stimme nicht verloren" gehe. Das würde sich bei Einführung des Stichwahlssystems sofort ändern; es würden im ersten Wahlgang viele Stimmen auf den sozialistischen Kandidaten fallen, die ihm bisher aus den erwähnten Gründen entgangen sind, und für das System halten an dem einmal erkorenen Kandidaten in der Stichwahl sorgt schon das dann rege gewordene politische Inter-

he. — In der sozialdemokratischen „Tusse“ wird unter Hinweis auf die deutsche Sozialdemokratie angezeigt, nunmehr eine lebhafte Aktion für Verstärkung der bisherigen Bestimmung, wonach die (amtlichen) Wahllosten von den Kandidaten getragen werden müssen, und für Gewährung von Blättern einzuleiten. Waren diese Reformen durchgeführt, so würde England's proletarische Bewegung sofort sozialistisches Aussehen erlangen und die logische Unantastbarkeit der sozialistischen Position würde das übrige tun.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 9. Februar.

Buzug von Werstarbeitern nach Rostock ist ferngehalten, da 1600 Arbeiter der Reptuniversität ausgesperrt sind!

Über den Bau von H. Kröger, Lindenstraße, ist seitens des Maurerverbandes die Sperrere verhängt.

Gutbehrungslöhne für arme Altkönige. In der Aussichtsstellung der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft wurde beschlossen, der auf den 27. Februar einzuberuhenden ordentlichen Generalversammlung nach Vornahme reichlicher Abschreibungen und Steuerstellungen eine Dividende von 20 Prozent in Vorschlag zu bringen. — Von einer Erhöhung der summierlichen Löhne der Arbeiter, aus deren Knochen der Gewinn herausgeholt wird, hat man nichts gehört.

Der Senatsantrag, betr. Gewährung einer persönlichen Gehaltszulage für Direktor Diesel vom Katasteramt stand auf der Tagesordnung der letzten Wirtschaftssitzung. Eine Beschlussfassung über die Kommissionsvorschläge erfolgte indessen noch nicht. Die Kommission empfiehlt unter Ablehnung des Senatsantrages, dem Direktor die dem Staate außerordentlich geleisteten Arbeiten besonders zu bezahlen. Es scheint allmählich zur Manie zu werden, gutbegabten Oberbeamten die Gehälter — außer Stat — zu erhöhen!

Der Jahresbericht des Lübecker Zweigvereins des Verbands der Maurer für das Jahr 1905 beschäftigt sich in seiner ersten Abteilung hauptsächlich mit der großen Lohnbewegung des vergangenen Jahres. Nachdem im Herbst 1904 von den Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern an die hiesigen Vereinigungen der Meister die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes auf 65 Pf. und auf eine halbstündige Arbeitszeitverkürzung gestellt war, und dieserhalb auch Verhandlungen stattgefunden hatten, gelang es nicht, zu einer Einigung auf einer irgendwie annehmbaren Basis zu gelangen, da die Unternehmer nicht das geringste Entgegenkommen zeigten. Im Gegenteil, es wurde von letzteren verlangt, den alten Tarif bis zum 1. Januar 1906 bestehen zu lassen und in Zukunft den Tarifbeginn auf den 1. Januar festzuhalten, den für das Baugewerbe ungünstigsten Zeitpunkt. Die Gesellen hatten auch das Verlangen ausgesprochen, an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine gemeinsame, aus Vertretern aller drei Berufe bestehende, mitwirken zu lassen, anstelle des Gesellenausschusses der Maurer und Zimmerer, der Bauarbeiterinteressen bisher mitvertreten musste. Über der ausstellerischen Haltung der Unternehmer — oder was' gar Hochmut — ließ es nicht zu, mit den Bauarbeitern zu verhandeln; es sollte dafür erst eine passende Form gefunden werden. Die Innung erklärte in einem Schreiben an die Gesellen am Beginn dieses Jahres, dass sie zu weiteren Verhandlungen bereit sei, wenn abgeduldete Forderungen eingereicht würden. In einer am 8. März stattgehabten Versammlung wurde darauf von den Arbeitnehmern beschlossen, einen Stundenlohn von 62 Pf. bei 9½ stündiger Arbeitszeit zu fordern, für Bauarbeiter einen Stundenlohn von 52 Pf. Die Meister verlangten nunmehr wiederum, dass diese Forderungen bis zum 1. Januar 1906 zurückgestellt werden sollten, doch beschlossen die Gesellen, an der reduzierten Forderung festzuhalten. In einer Sitzung mit dem Innungsvorstande, die am 24. März stattfand, erklärte nunmehr Obermeister Stender, nachdem die Gesellen die Forderung der Innung abgelehnt haben, lehne auch die Innung die Gesellenforderungen ab. Vom 1. April ab wird ohne Tarif gearbeitet, hieß es kurz und bündig. Dann begann die Komödie, die man dem Publikum vorpielte. Es wurde zunächst die Gewerbelammer angezogen, und zwar in der Hoffnung, dass sich die Gesellen an den Verhandlungen vor derselben nicht beteiligen würden. Die Gesellen beschlossen jedoch, an den Verhandlungen teilzunehmen, die, wie vorauszusehen war, resultlos verliefen. Trotzdem wurde von den Gesellen eine Resolution angenommen, in welcher der negative Ausgang der Verhandlungen vor der Gewerbelammer bedauert und erklärt wurde, dass die baugewerblichen Arbeiter jederzeit zu neuen Befreiungen bereit seien. Hierauf ist, obwohl die Resolution der Gewerbelammer mitgeteilt wurde, keine Antwort erfolgte. Der nach dem ersten April eingetretene tariflose Zustand schien einigen Unternehmern, die nun glaubten, alles nach eigenem Ermessen machen zu können, recht zu behagen. Eine Anzahl Kollegen schien es jedoch auf die Dauer ohne Tarif nicht aushalten zu können, und so spielte die Lohnfrage in allen Versammlungen die Hauptrolle. Es wurde nochmals um Unterhandlung nachgefragt. In einer Sitzung, die am 30. Mai unter dem Voritz des Ehrenobermeisters Schwartze stattfand, machte letzterer den Vorschlag, drei Pfennig Lohnerhöhung zu gewähren und diesen Satz auf die Dauer von drei Jahren festzulegen. Derner sollten verschiedene Staffeln eingeführt werden. Am 3. Juni wurde den Gesellen mitgeteilt, dass die Innung beschlossen habe, für das Jahr 1906 keine Lohnerhöhung zu bewilligen, dagegen sei die Innung bereit, vom 1. Januar 1906 bis zum 1. Januar 1909 den Maurern und Zimmerern einen Stundenlohn von 60 Pf. zu zahlen; für die Verhandlungen mit den Bauarbeitern hatte man immer noch keinen Modus gefunden. Am 4. Juni lehnten die Gesellen dieses Angebot ab und beschlossen, die Arbeit ruhen zu lassen, bis die ursprüngliche Forderung auf 65 Pf. Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit anerkannt wäre. Am folgenden Tage traten die Kollegen einmütig in den Streit. Während die Unverhältnisse abriesen, fanden zahlreiche Streikende in Hamburg Beschlagnahme. Auch von vielen anderen Orten trafen Arbeitsangebote ein. Die Arbeitgeber versuchten nunmehr die Kämpfenden durch schwarze Listen, die auch von einstigen Führern des Verbandes wie H. Kleinsfeld, A. Kahn und L. Thormann mit herausgegeben wurden, mürbe zu machen; allerdings ohne Erfolg. Es wurde nach langeren Streitdauern nochmals verlust, eine Einigung zu erzielen, doch erklärten die Meister, mit den unbekannten Personen der Streikleitung keinen Frieden schließen zu wollen; trotzdem ist das später geschehen. Natürlich nahm die bürgerliche Presse gegen die Streikenden Stellung, obwohl auch Arbeiter ihr Geld für diese Blätter ausgaben. Ein verantwortlicher Mensch wurde daraus die Konsequenzen ziehen. Als es nicht gelungen war, die streikenden Arbeiter durch gehässige Flugblätter niederrzu-

zwingen, versuchte man es mit der Einschaltung von Arbeitswilligen. Italiener, Slowaken, Russen usw. mussten Bauten fertigstellen, die noch von ehemaligen Arbeitern belastet werden sollen. Vielleicht waren verschiedene Leute es noch, dass die von Italienern errichteten Gebäude den Lübecker Arbeitern nicht konnten. Mag man auch später versuchen, von den Großern der Arbeitswilligen zu leben. Bekannt ist auch noch, dass von Seiten der Unternehmer in niedriger Weise gegen die Streikenden operiert wurde, indem man leichtere ohne irgendwelchen Beweis in die Schule schob, sie hätten am Neubau des Baus Neuerkrug einen Menschen durchgesetzt. Durch die Verhältnisse gezwungen, haben sich die Streikenden veranlaßt, nach 16 wöchentlichem Kampfe am 10. September den Streit für beendet zu erklären. Im Verlauf des Streits ist nun eine Organisation der Arbeitgeber im Baugewerbe gegründet worden; den Kollegen ist es gelungen, ihre Forderung durchzusetzen, wonach die Führung der Verhandlungen von Organisation zu Organisation erfolgen soll. Die Verhandlungen führten schließlich zu dem Ergebnis, dass vom 1. April 1906 bis 31. März 1908 bei 9½ stündiger Arbeitszeit ein Stundenlohn von 60 Pf. geahnt wird. Am 26. September wurde der neue Tarif von den beiderseitigen Kommissionen unterzeichnet; neben kleinen Verbesserungen sind in denselben jedoch auch Verschlechterungen enthalten, die bei genügender Aufmerksamkeit von den Arbeitern jedoch sehr verminder werden können. In Rostock verursachte der Streit für Streikunterstützung 25.061,20 Mt. für Heileunterstützung 1601 Mt. für sonstige Ausgaben 1022,68 Mt., insgesamt also 27.584,88 Mt. zu Ungunsten der Hauptkasse. Für Wiedereinführung wurden aus dem Generalfonds 5.486,50 Mt. entnommen, sodass sich die Gesamtkosten auf 33.262,03 Mt. belaufen. Infolge der von den Unternehmern befürchteten Politik der Stadtschule kam es im Laufe des Herbstes an verschiedenen Bauten zu kleinen Plänkeleien. Stoch einige Bemerkungen zum Lehrlingswesen im Baugewerbe. Beim Ausbruch des Streits waren bei 461 Maurergesellen 119 Lehrlinge beschäftigt; es kommt also auf 4 Maurer 1 Lehrling. In einem Gefüll waren 14, in einem anderen 6 Lehrlinge bei 1 bis 2 Gesellen beschäftigt. Eltern, die wünschen, dass ihre Söhne etwas tüchtiges lernen sollen, tun gut, sich vorher erst beim Gesellen-Organisationsvorstand Erkundigungen einzuholen. Die Mitgliederbewegung war in diesem Jahre sehr lebhaft. Die Mitgliederzahl betrug am Schluss des 1. Quartals 545, des 2. Quartals 156, des 3. Quartals 300, des 4. Quartals 186, darunter 13 Ehrenmitglieder. Erkrankt waren 42 Kollegen 1071 Tage. Hierzu kommen noch 771 Tage, für die keine Unterstützung gezahlt wurde. Von den Erkrankten hatten 5 schon im Jahre 1904 239 Krankheitstage zu verzeichnen. Am Jahreschluss waren noch 2 Kollegen erkauft. In Mitgliederversammlungen fanden 32 statt, darunter 10 außerordentliche. In zwei derselben wurden Vorträge gehalten. Die Bibliothek, die 271 Bände zählt, wurde leider von den Mitgliedern nicht genügend benutzt; es sind nur 379 Bücher an 290 Kollegen ausgegeben worden. Nach Beendigung des Streits wurde das Baudelegiertenystem eingeführt; dasselbe muss im laufenden Jahre jedoch noch mehr ausgebaut werden. Auch in Schleswig ist es zu einem Auftand gekommen. Nach mehrwöchentlicher Arbeitsruhe wurde ein Vertrag auf 2 Jahre abgeschlossen, der den Gesellen bei 9½ stündiger Arbeitszeit ein Stundenlohn von 65 Pf. sichert. In Travemünde wurde es ohne Streit erreicht, dass vom 1. April 1906 die 9½ stündige Arbeitszeit in Kraft tritt. In Düvelsdorf wurde ein Zweigverein gegründet, der am Jahreschluss 28 Mitglieder zählte. Es muss nunmehr Aufgabe aller Kollegen sein, in der kommenden Zeit zu agitieren und zu organisieren unter der Parole: „Hier mit der 9½ stündigen Arbeitszeit in Lübeck.“ Die Einnahmen der Lokalkasse beliegen sich auf 4552,64 Mt., die Ausgaben auf 4594,30 Mt. Jodat ein Defizit von 41,66 Mt. zu verzeichnen ist. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 34.666,90 Mt., die Ausgaben dieselbe Höhe, so dass kein Bestand vorhanden war.

Als „Wignor“ verabschiedete sich gestern Abend im Stadthallen-Theater Cl. Helling vom hiesigen Publikum. Die Künstlerin bot wiederum eine Leistung, die von einem lieben Erfassen und Durchdringen der Partie Zeugnis ablegte. Für jede Regelung des Gesetzes standen stimmtlich wie durstestreich stets die richtigen, packenden Ausdrücke zur Verfügung, so dass die Gesamtdarbietung eine außerordentlich fesselnde war. Das fast ausverkaufte Haus ließ es wieder nicht an stürmischen Beifall und anderen Auszeichnungen fehlen. Verschiedene der einheimischen Mitwirkenden hatten anscheinend unter der augenblicklich herrschenden miserablen Witterung zu leiden.

Darf ein Kellner einen Gast mahnen? Vor einem Gewerbegericht fand folgender interessante Forderungsprozess statt. Ein Bahlstettner hatte von seinen Gästen die Zahlung der Rechnung gleich beim Servieren verlangt. Die Gäste beschwerten sich beim Restaurateur und dieser entließ den Kellner sofort ohne Kündigung. Der Kellner verlangte vor dem Gewerbegericht Zahlung des Lohnes für die Kündigungshaft und erhielt ein obliegendes Urteil. Das Gewerbegericht stellte aus: „Das Vorgehen des Kellners gegenüber den Gästen konnte allenfalls als unpassendes Benehmen bezeichnet werden, einen gezielten Entlassungsgrund bildete es jedoch nicht. Darin, dass er von den Gästen die Zahlung verlangte, weil er annahm, dass sie ihre Rechnung nachträglich aus Vergleichlichkeit oder aus einem anderen Grunde nicht genau berichtigten würden, könne weder eine strafbare Handlung noch eine Verletzung von Pflichten erblickt werden.“

Erichenischauer. Der Tapezier August Johannes Franz Böck, der Schuhmacher Friedrich Joachim Christoph Warming, der Kämmerjäger Joachim Friedrich Heinrich Wulff und der Schneider Ludwig Johann Joachim Meisel bierschiff, welche dem Medizinalamt ihre Fertigstellung zur Untersuchung von Schweinefleisch auf Erichsen und Fännen nachgewiesen haben, sind als Erichenischauer vereidigt worden.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: „Maria Stuart“ geht Sonnabend als zehnte Schüler-Klassiker-Vorstellung in Szene. Jeder Platz kostet 50 Pf. Sonntag wird wiederum eine große Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen gegeben. Zuerst gelangt „Allesandro Stradella“, Oper in 3 Akten von Flotow, hierauf die Lustspiel-Neuheit „Der Schmurr und die Freude“ zur Aufführung. Nachmittag 4 Uhr wird zu kleinen Preisen das Schauspiel „Dorf und Stadt“ in 5 Akten von Birch-Breiffler legentlich wiederholt.

Gelöschte Seuche. Die Schweinepest unter den Schweinen des Mühlenbesitzers Carl Siemers hier selbst, Karlstraße 67, ist erloschen. Das Polizeiamt hat die in Anlaß der Seuche angeordneten Spermatoregeln aufgehoben.

Hamburg. Sturm in der Bürgerschaft. Das Barometer der Bürgerschaft stand Mittwoch auf „Sturm“. Als die Sitzung begann, herrschte gähnende Leere im Saal. Der präsiderende erste Bürgermeister Dr. Wexlau beschäftigt, hier eingetroffen. Eine zahlreiche Menschenmenge begrüßte ihn mit Hochrufen.

die Tagesordnung eingetreten werden sollte, noch nicht beobachtbar. Stolten geweihte deshalb mit Recht die Beschlussfähigkeit an, da wohl verlangt werden darf, dass die Herren, die sich beim Wahlrechtstraub so vollständig eingeschlossen haben, auch zur Stelle sind, wenn andere Arbeit geleistet werden soll. Da war guter Rat teuer. Die Abstimmung wurde mit tunlichster Langsamkeit vorgenommen, damit die neuankommenden Mitglieder die Beschlussfähigkeit herstellen sollten. Schon auf der Freitreppe nahm man den eintreffenden Spätlings“ auf. Stolz über Schirm und Liebesleiter ab, so dass die „Heller in der Tot“ sich nicht erst nach der Garderobe zu bemühen brauchten, sondern gleich den Sitzungssaal aufzugehen konnten. Unter dem Geiste der Wahlrechtstraub wurde endlich verkündet, dass 86 Mitglieder da seien, 8 über die Beschlussfähigkeitssatzung. Beim Wahlrechtstraub hatte man 166 zur Stelle geschafft. Jetzt wird gesaulenz nach den heißen Tage Mühen. Unlänglich der früheren Hochzeit des Kaiserpaars wurden 100.000 Mark für den öffentlichen Kriegsveteranen gewilligt. Die Sozialdemokratie, die im Reichstag fortgesetzt für eine anständige Versorgung der Kriegsveteranen eingetreten sind, werden selbstverständlich nichts dagegen haben, wenn die einzelnen Staaten aus ihren Mitteln das zu erfüllen versuchen, was das Reich — leider verfügt. Aber die Beratung der Veteranen mit der damit in gar keinem Zusammenhang stehenden Silberhochzeitssatzung des Kaiserpaars und die Abstimmung, dem Hamburger Kriegerverband eine Extrawurst zu braten und ihm besondere Geldmittel für seine Mitglieder zur Verfügung zu stellen, veranlasste die sozialdemokratische Fraktion, dem Senatsantrag in die Sitzung vorzutragen. Wollte man etwas für die Veteranen tun, hätte das längst geschehen können, ohne dass man erst eine feierliche Gelegenheit dafür abzuwarten brauchte. Ein Antrag klappte auf Zeuerungs-Zulage für Beamte, Richter und Staatsarbeiter wurde abgezogen, um mit der vom Senat eingegangenen Gehaltssatzung gemeinsam beraten zu werden. Der Glou, des Abends war ein Antrag Ch. Menzel auf Entschädigung der beim Schonenfeldkrieg verletzten Geschäftsfreunde und ein Antrag Dr. Brackenhoff auf gesetzliche Regelung der Entschädigungsfrage. Herr Theodor Menzel setzte bei der Vergründung seines Antrages gleich im Stile des Schonenfeldkrieges am Speerort (der „S. Stadt“) ein und redete gegen die Sozialdemokratie vom „Vader“, maltraktierte zum Schluss zu diesem Zweck sogar den armen Schiller, der diesen Missbrauch wirklich nicht verdient hat. Ein Fischer nahm dann Veranlassung, unter dem Zoben und Kämen der Wahlrechtstraub festzustellen, dass die Fehler der Polizei die Schuld an den Schonenfeldkriegswällen tragen und deshalb die Sozialdemokraten die Schadenabschaffung des Staates in diesem Falle annehmen. Hatten seine Ausschüsse über die Vorgänge am 17. Januar die Wahlrechtstraub schon hoch gebracht, so tat Genoss Schau inburg noch ein Übriges, die Wut der Wahlrechtstraub zum Ueber schwärmen zu bringen. Zumal das Flugblatt vom Montag abend hatte es ihnen angekündigt. Die Bemerkung Schauburgs, was in dem Flugblatt an Wahrheiten den Wahlrechtstraubern gefasst werde, habe augenscheinlich gefasst, veranlasste Herrn Dr. Wessphal zu der liebenswürdigen Bemerkung, er wünsche, dass der Verfasser des Flugblattes sitzen müchte. Auch Oedingen schien sie ab, dass er als Gegner der Wahlrechtstraub „Wahlrechtstraub“ nenne. Eine Bemerkung Fischers, dass bei den Menschen in Hamburg das internationale Gaunerfest aus aller Herren Länder zusammenströme, und nicht viel weniger stehe und plündere, als das am Schonenfeldkrieg geschehen sei, wenn auch in anderer Art brachte Herr Dr. Poelchau auf die Tribüne, seines Zeichens Banddirektor und Sportsmann, der in sieberhafter Erregung gegen die „Umwälzer“ weiterete. Dann plätscherte Herr Wohde noch mutter im leichten Gewässer platter Redensarten herum und machte seinem Spezialtürger über das vermaledeite Flugblatt Lust. Unser Genoss Stubbe hielt die Nachlese und fertigte die Herren geschildert, wo bei er auch der Polizeitaten gehörte gedacht, zu deren Vollbringung man vorher im Rathause „tückig eingeholt“ hatte. — „Das war ein böser Tag!“ wird mancher der „Erstklassigen“ gesagt haben.

Kiel. Die Einführung der neuen stündigen Arbeitszeit für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft scheint jetzt zur Tatsache zu werden. Auf Anordnung des Reichsmarineamtes wird gegenwärtig in den einzelnen Abteilungen der Werft bei den Arbeitern Umfrage gehalten, ob sie sich bei einer derartigen Abkürzung der Arbeitszeit für die geteilte oder ungeteilte Arbeitszeit entscheiden. Bei der Einführung der ersten wird eine zweistündige Mittagspause ins Auge gefasst. Als Anfangstermin ist, wie verlautet, der 1. April in Aussicht genommen. Von der ursprünglichen Abkürzung, bei der ungezählten Arbeitszeit während der kurzen Mittagspause Suppen zu verabreichen, scheint man abgekommen zu sein, dies gehoben, weil es an geeigneten Räumlichkeiten fehlt. An den Vorsitzenden der hiesigen Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes, Genoss Garbe, traf zwar ein Schreiben des Reichsmarineamtes ein, dass es die Annahme der von der großen Massenversammlung beschlossenen Beleidigung ebenfalls verwiegere, weil derartige Eingaben durch die Hände des Arbeiterausschusses gehen müssten. Wie die Tatsachen jedoch beweisen, hat das Vorgehen der Arbeiter mit Hilfe ihrer Organisationen denn doch etwas gebrüllt. Hört Wohde noch mutter im leichten Gewässer platter Redensarten herum und macht seinem Spezialtürger über das vermaledeite Flugblatt Lust. Unser Genoss Stubbe hielt die Nachlese und fertigte die Herren geschildert, wo bei er auch der Polizeitaten gehörte gedacht, zu deren Vollbringung man vorher im Rathause „tückig eingeholt“ hatte. — „Das war ein böser Tag!“ wird mancher der „Erstklassigen“ gesagt haben.

Kiel. Die Einführung der neuen stündigen Arbeitszeit für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft scheint jetzt zur Tatsache zu werden. Auf Anordnung des Reichsmarineamtes wird gegenwärtig in den einzelnen Abteilungen der Werft bei den Arbeitern Umfrage gehalten, ob sie sich bei einer derartigen Abkürzung der Arbeitszeit für die geteilte oder ungeteilte Arbeitszeit entscheiden. Bei der Einführung der ersten wird eine zweistündige Mittagspause ins Auge gefasst. Als Anfangstermin ist, wie verlautet, der 1. April in Aussicht genommen. Von der ursprünglichen Abkürzung, bei der ungezählten Arbeitszeit während der kurzen Mittagspause Suppen zu verabreichen, scheint man abgekommen zu sein, dies gehoben, weil es an geeigneten Räumlichkeiten fehlt. An den Vorsitzenden der hiesigen Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes, Genoss Garbe, traf zwar ein Schreiben des Reichsmarineamtes ein, dass es die Annahme der von der großen Massenversammlung beschlossenen Beleidigung ebenfalls verwiegere, weil derartige Eingaben durch die Hände des Arbeiterausschusses gehen müssten. Wie die Tatsachen jedoch beweisen, hat das Vorgehen der Arbeiter mit Hilfe ihrer Organisationen denn doch etwas gebrüllt. Hört Wohde noch mutter im leichten Gewässer platter Redensarten herum und macht seinem Spezialtürger über das vermaledeite Flugblatt Lust. Unser Genoss Stubbe hielt die Nachlese und fertigte die Herren geschildert, wo bei er auch der Polizeitaten gehörte gedacht, zu deren Vollbringung man vorher im Rathause „tückig eingeholt“ hatte. — „Das war ein böser Tag!“ wird mancher der „Erstklassigen“ gesagt haben.

Kiel. Die Steinarbeiter haben ihren hiesigen Unternehmern am 1. Februar einen neu ausgearbeiteten Tarif unterbreitet, der eine Erhöhung des Allord- und Tagelobens vorsieht. Beansprucht wird ein Stundenlohn von 60 Pf., für die beiden ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit dagegen 65 Pf. Der jetzige Tarif ist am 1. April abgelaufen. Saut Versammlungsbeschluss werden die Bauarbeiter aufgefordert, den auf Bauten beschäftigten Steinmeier die Kontrollkarten abzuliefern.

Harburg. Ein Vorsitz in der Bürgerschaft ist vorgestern auf den Hamburger Wohlstand in der Wilhelmstraße ausgeschrieben. Es handelt sich um Lohnforderungen und Tarifregelungen. Auch ist eine Anzahl Leute ausgewählt worden. Zugang von Arbeitern, Arbeitern und Sozialisten ist streng fernzuhalten.

Bremen. Beigegte Differenzen. Die zwischen den Obermeier-Gesellschaften und ihren Schiffen entstandenen Zwistigkeiten sind durch gütliches Vernehmen beigelegt worden.

Oldenburg. Frei. Der aus dem Stuhtratprozess bekannte Redakteur Biermann ist gestern abend 19 Uhr aus Bielefeld, wo er eine zweijährige Geständnisstrafe abschiuft hat, hier eingetroffen. Eine zahlreiche Menschenmenge begrüßte ihn mit Hochrufen.

# An das kaufende Publikum von Lübeck und Umgegend.

Der Ausverkauf der Waren aus der C. Jacobsohn'schen Konkursmasse, bestehend in fertigen Herren- und Knaben-Garderoben, Stoffen zu Anzügen, Paletots und Weinleidern, Wäsche, Kravatten, Hüte, Mützen, Trilogenen, Arbeiter-Garderoben und anderen Waren findet zu außergewöhnlich billigen Preisen **Holstenstrasse 16**, im Hause des Herrn Schlachtermeister Mühl, statt.

## Verkaufszeit:

Morgens von 9—1 Uhr,  
nachm. von 2—8 Uhr.  
Sonntags von 11—1 Uhr.

Ganz besonders mache ich auf 1 Posten Prüfungs- und Konfirmanden-Anzüge aufmerksam.

Eagerbesichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet.

**Achtung!** Die Räumung der zur Konkursmasse gehörigen Waren muß bis Ende dieses Monats erfolgen, da der Laden per 1. März anderweitig vermietet ist!

Heute morgen 8 $\frac{1}{4}$  Uhr entstieß sanft und ruhig nach langem Leiben meine liebe unvergessliche Frau.

**Johanna, geb. Börjeson,**  
im 66 Lebensjahre. Um stille Teilnahme bittet  
der tiefbetraute Gatte

**Fr. Kieckbusch.**

Lübeck, den 8. Februar 1906.  
Die Beerdigung findet am Montag vormittag  
11 $\frac{1}{2}$  Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Dem Arbeiter H. Scheel in der Vogt zu  
seinem 45. Wiegenfeste ein donnernd Hoch.  
Nun rate mal.

Elegante Herren-Maskenanzüge billig  
zu vermieten. Adelstrasse 25

**Ein Damen-Mosken-Anzug**  
zu vermieten. Barendorffstrasse 8

Gesucht werden noch mehrere  
redegewandte Leute  
bei hohem Verdienst. Näh. Drägerstr. 21 a, vorr.

Gesucht zu Ostern  
**ein Klempner-Lehrling.**  
K. Hartmann, Glendorffstrasse 2.

Gesucht junge Mädchen, die Schneiderei  
wie Musterzeichnen gründlich erlernen wollen.  
Bercevalstrasse 51, 2. Et., vorr. Hörfertor.

Sonnabend und Sonntag  
sind große **Verkäufe**  
zu verkaufen. Krögers Gasthof, Schwartan.

Zu verkaufen  
ein fast neues rotes Plüschi-Sofa.  
Ludwigstrasse 60, I.

**Hermann Hahn, Wasserr.,**  
Mühlenstrasse 3, II.  
Empfehle mich in und außer dem Hause in vor-  
kommenden Fällen.

**Prima frisches Ropfleisch,**  
frische Bratwurst,  
kleine Rauchstücke,  
geräucherte Schweinsköpfe.  
Von 5 Uhr an:  
Heiße Knackwurst

empfiehlt

**Oscar Keil**  
Buckmühre mit elekt. Betrieb,  
Schwartaner Allee 65, Ecke Weihhöfstr.  
Fernrechner 1447

Gestern u. folgende Tage:  
**Prima Suppenfleisch,**  
Beefsteak, Brotfleisch,  
dicke Flecken u. versch. Wurstsorten.

Gesternabend von 5 Uhr an:

Heiße Knackwurst u. Frikadellen.

**Heinr. Wulff**

Rößschlachterei,

Warendorfstrasse 34.

**K. Bahr's Restaurant**  
Gadeburger Allee 36.

Gestern Ausschank von Bockbier.  
Hierzu jeder fremdländ. ein

K. Bahr.

Am Sonntag dieser Redaktion für den gesamten Jubiläum der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik "Kübel und Nachbargewisse" sowie der von P. L. gezeichneten Bildern und Stichen:

**Salzgurken** — **Steinlachs** — **Brotzeitwürfel** — **Abendbrot für die Rubrik "Kübel und Nachbargewisse"** sowie die mit P. L. gezeichneten Bilder und Stiche zu: **Dorf und Stadt**.

**Reisepack** — **Wurst** — **Druck zum Preis von Friedr. Meyer & Co.** — **Glühbirne im Rahmen**.

## Räumungs-Verkauf Louis Levy

Ecke Marlesgrube 2 und 4.

Trotz der enorm billigen Preise  
rote Rabattmarken.

verkauf während dieser ganzen  
Woche zu ganz besonders billigen  
Preisen, soweit der Vorrat reicht!

Trotz der enorm billigen Preise  
rote Rabattmarken.

### Zum Aussuchen:

#### Abteilung: Herren- u. Knaben-Konfektion.

Herren-Anzüge	10,50, 16 u. 19 Mt.
Konfirm.-Anzüge	7,50, 11, 14,50 Mt.
Knaben-Anzüge	1,80, 2,40, 3,70 Mt.
Herren-Hosen	1,60, 2,10, 2,90 Mt.
Herr.-Winter-Joppen	3,80, 4,50, 6 Mt.
Gänstliche Arbeits- Garderoben, Mützen, Hüte, Schirme, Hemden	weit unter Preis!

Verkauf nur gegen bar zu billigen aber festen Preisen!

### Abteilung: Schuhwaren.

Herren-Bugstiefel	3,50 Mt.
Herren-Hauschuhe m. Ledersohle	1,85 Mt.
Herren-Filzschuhe	0,85 Mt.
Damen-Bugstiefel	0,95 Mt.
Damen-Knopfsliefel, röhlederne	3,50 Mt.
Dam.-Spanngeschuhe, röhlederne	2,15 Mt.
Kinder-Cordschuhe	15 Pf.
Herr.- u. Dam.-Filzpantoffeln	45 Pf.

## Inventur-Ausverkauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen solange Vorrat reicht.

### wäscheklammern

60 Stück 13 Pf.

### Kokusbesen

statt 50 Pf. jetzt 35 Pf.

### Strassenbesen

jetzt nur 38 Pf.

### Leuwagen

Stück nur 23 Pf.

### Tassen, Porzellan

8 und 10 Pf.

### Küchenteller

jetzt 15, 18, 23 Pf.

### Gemüseschüsseln

10, 12, 23, 38 Pf.

### Esslöffel u. Gabeln

jetzt nur 8 Pf.

## Riesen-Bazar

Breitestraße 33.

Pietro Cagna.

Breitestraße 33.

Sonnabend vormittag 2 $\frac{1}{2}$  Uhr:

## Gr. Auktion

Breitestraße 11.

Auktionator Albert Mohrmann.

## Ein Waggon

Sauerkohl 2 Pf. 15 Pf.

Salzgurken, Stück 5 Pf.

Eduard Speck, Hirschr. 80.

### Stadthallentheater.

Sonnabend den 10. Februar 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Jeder Platz 50 Pf.

Maria Stuart.

Tragödie in 5 Akten von Schiller.

Sonntag den 11. Februar.

Nachmittags 4 Uhr. Zu kleinen Preisen.

### Dorf und Stadt.

Schauspiel in 5 Akten von Birch-Pfeiffer.

Abends 7 Uhr.

Große Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen.

Alessandro Stradella.

Romantische Oper in 3 Akten von Slotow.

Der Schwur der Treue.

Einspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal.

## Schulschreibhefte

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Holsteiner und Mecklenburger

## Landschinken im Ganzen

und im Ausschnitt

Th. Storm, Königstrasse 98.

Antwortender Redakteur für den gesamten Jubiläum der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik "Kübel und Nachbargewisse" sowie der von P. L. gezeichneten Bildern und Stichen:

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Mr. 34.

Sonnabend, den 10. Februar 1906.

13. Jahrgang

## Bahn frei — für die Frau!

Der Initiativvorschlag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über das Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln. Zur Veranlassung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Verantwortler oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzumelden. § 2. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden. § 3. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen einschließlich derselben, welche die Verabredung und Vereinigung zum Schutze der Erlangung günstiger Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben. § 4. Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährleisteten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt. § 5. Die landesgesetzlichen Bestimmungen über das Versammlungs- und Vereinsrecht sind aufgehoben. Das Gesetz soll am Tage seiner Verkündung in Kraft treten.

Es wird die höchste Zeit, daß mit den vorläufigen Bestimmungen unseres reaktionären Vereins- und Versammlungsrechts gebrochen und dafür ein Gesetz geschaffen wird, das dem Freiheitsdrange des Volkes Rechnung trägt. — Die Vorlesungen am roten Sonntag beweisen aufs neue, wie besonders den Frauen die Beteiligung am öffentlichen Leben durch das bestehende Vereinsgesetz erschwert wird.

In dem großen einzigen Deutschland engen 24 verschiedenen Vereinsgesetzen die Bewegungsfreiheit der Frauen ein. Am reaktionärsten sind die Klebelungsparagraphen im Kaiserstaat Preußen. Die in der Agitation tätigen Genossinnen haben reiche Erfahrungen, wie „fürsorgliche“ Stadtüberhäupter die bestehenden Paragraphen der Vereinsgesetze „auslegen“ und so die Frauenwelt an der Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte hindern. Durch die Hammersteinsche Segmente ist dieser Zustand noch kritischer geworden. Nicht häufig erlassen überschlaue Polizeibeamte willkürlich Versammlungsverbote und ebenso häufig lösen sie aus richtigen Gründen Versammlungen auf.

Die Unsicherheit ist außerordentlich, da alle möglichen und unmöglichen Vorwände hervorgebracht werden, um den Frauen die Beteiligung am öffentlichen Leben zu erschweren. Bald darf eine Rednerin nicht sprechen, weil sie eine „aufrührerische Sprechweise“ hat, bald haben die Versammlungsteilnehmerinnen sich nicht richtig plaziert, bald ist die „Sittlichkeit gefährdet“ usw. Aus legitgemannischem Grunde wurde den Frauenrechtlerinnen in Hamburg eine Versammlung, die sich mit dem Vorfallwesen beschäftigen wollte, unmöglich gemacht; sie mußten sich mit ihrer Veranlassung vom republikanischen Boden auf preußisches Gebiet flüchten. Solche ungesetzliche Handhabungen des Vereins- und Versammlungsrechts sind aus allen Gegenden Deutschlands bekannt geworden.

In Lohberich (Rheinland) ließ der Bürgermeister vor kurzem innerhalb acht Tagen zwei öffentliche Versammlungen der Textilarbeiter auf lösen, weil der Einberufer die Frauen nicht hinzuspielen wollte. Eine Beschwerde beim Landratsamt in Kempen war erfolglos; es wurde erklärt, der Textilarbeiter-Verband sei ein politischer

Verein, an dem Frauen nicht teilnehmen dürfen, ergo seien die Maßnahmen der Behörde „berechtigt“ gewesen.

Mit den Worten „im Namen des Geistes löse ich die Versammlung auf“, wird nicht selten Missbrauch getrieben; denn vielfach wissen die unteren Polizeiorgane keine Gesetzesparagraphen für ihre Maßnahmen anzuwenden.

Das Vorstehendem ergibt sich, daß das bestehende Vereins- und Versammlungsrecht nicht mehr in unser Jahrhundert der „Kultur und Freiheit“ hineingehört, und doch wehrt man sich gegen jede Aenderung in freiheitlichem Sinne. Der braunschweigische Landtag schuf eine Reform des Vereinsgesetzes mit folgender Begründung ab:

„Es steht zu befürchten, daß es in solchen Versammlungen, an denen Frauen teilnehmen, bei der leichten Erregbarkeit derselben, und gerade derjenigen der hier am meisten beteiligten Schichten der Bevölkerung, zu unerquicklichen Szenen kommen wird, die ein direktes Einschreiten der Polizei nötig machen, und wie mühslich dieses notwendige, unter Umständen mit Anwendung körperlicher Gewalt verbundene Einschreiten sein würde, bedarf seiner weiteren Herbeihaltung.“

Welch zarte Rücksichtnahme auf die Frauen!

Wie nimmt sich bei dieser Rücksicht die Tatsache aus, daß man in Bremen sozialdemokratische Flugblattverbreiterinnen wie wilde Tiere gefesselt durch die Straßen führt. Die eine der „Verbrecherinnen“ bat um Doppelhaft, da sie an Krämpfen leidet und deshalb nicht allein bleiben könnte. Hierauf erschien der Beamte mit Fesseln in der Hölle, fesselte ihr die Hände auf dem Rücken und schloß die so gefesselten Hände an einen auf der Tiefe angebrachten Eisenring! Außerdem schlängt er eine eiserne Kette um das rechte Bein der Gefesselten und befestigte dieselbe an einem zweiten am Fußboden befindlichen Ring, so daß die Gefesselte in einer regungslosen Lage verbleiben mußte. In dieser Zwangslage ließ der Beamte die Frau etwa eine Stunde verharren.

Wahrhaftig, wir leben in einem humanen Zeitalter!

Auch in Sachsen wird die Versammlungsfreiheit und die Agitation für die Gewerkschaftsbewegung durch den Minderjährigen-Paragraphen aufs äußerste gehemmt. Es liegt fast allein in der Hand des überwachten Beamten, ein zur Beratung stehendes Thema für politisch zu erklären und daraufhin die Minderjährigen auszuweisen oder die Versammlung aufzulösen.

Um diesem Zustande ein Ende zu machen, fordern auch die sozialdemokratischen Frauen einheitlich und freiheitlich ausgestaltetes Vereins- und Versammlungsrecht, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt.

Bahn frei — für das Weib!

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 8. Februar 1906.

38. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky. Eingelaufen ist eine neue Interpellation Singer (SD) und Gen. über den Grubenbrand auf Beche Borussia.

Die Debatte zum Etat des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt.

Behmann (NL): Daß der Abg. Hue insbesondere mit seinen Angaben über die Länge der Arbeitszeit übertrieben hat, kann auch derjenige sagen, der wenig von den Verhältnissen weiß. Aber bei seinen Erzählungen über die scharfzähne Aborte hört wirklich die Gemütllichkeit auf. (Heiterkeit b. d. Soz.) Der Redner verbreitet sich dann über die Streiks in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie, die er auf politische Verherrigung zurückführt. Er führt auch einige Fälle an, in denen ausreichende Löhne gezahlt

jedoch seine Sache nicht für verloren. — Er starb aber bald. Sein Nachlass war in großer Verwirrung. Er hatte sein Landgut, um sein Recht zur Geltung zu bringen, mit Hypotheken belastet, und die hohen Kriegsspreize hörten auf. Schulden waren da, die nicht bezahlt werden konnten. Ich hatte kein Geld, um eine Form zu pachten; ich wollte kein Lohnarbeiter auf der Scholle werden, die einst unser eigen gewesen war. Ich hatte mich gerade verheiratet und mußte deshalb eine große Anstrengung machen, um leben zu können. Von dem guten Lohn in der neuen Industrie halte ich viel gehörte und so verließ ich das Land.

Und die Papiere?

„Ich dachte nie mehr an sie oder nur mit Abscheu, als an die Ursache meines Ruins. Und als Du neulich kamst und mir im Buche zeigtest, daß der letzte Abt von Morich ein Walter Gerard war, regte sich das alte Gefühl wieder und ich konnte mich nicht enthalten, Dir zu erzählen, daß mein Vater bei Uzincourt mitgefunden hatte, obgleich ich doch nur der Oberaufseher in der Fabrik von Trafford war.“

„Ein guter alter Name des guten alten Glaubens,“ sagte die Schwester; „möge er gesegnet sein!“

„Wir haben Ursache, ihn zu segnen,“ bestätigte Gerard. „Ich hielt es schon für etwas, einem Gentleman (das Wort Gentleman bezeichnet nicht bloß die vornehme Geburt, sondern auch, von der Geburt unabhängig, die eble Geistigkeit, den ehrenhaften Charakter) zu dienen, und was meine Tochter anbelangt, so kam sie durch die Selbstlosigkeit dieser Familie in die heiligen Mauern, die aus ihr machten, was sie nun ist.“

„Die Natur wachte sie zu dem, was sie jetzt ist,“ sagte Stefan mit leiser Stimme und nicht ohne Bewegung. Und dann fuhr er lauter und lebhafter fort: „Aber dieser Hund, — Du weißt gewiß nicht, was aus ihm nun geworden ist?“

„Seit jener Zeit höre ich nicht wieder von ihm. Ein

worben sind. Die Lohngrenze zu bestimmten, muß unter allen Umständen Sache des Unternehmers sein. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Sozialdemokratie schreit nach diebstahlbills für den Betriebsratstag, obwohl er sich schon freimäßig in vielen Industriezweigen durchgesetzt hat. Der Terrorismus der Sozialdemokratie bei Streiks ist so groß, daß die Arbeitswilligen sich nicht trauen, sich die Unterstützungen von den Unternehmern abzuholen. (Hört! hört! rechts.) Nur im Interesse ihrer Parteilosigkeit inszeniert die Sozialdemokratie die frivolen Streiks, ob die Arbeitgeber ungern oder nicht, ist ihr ganz gleich. (Unruhe b. d. Soz.) Ihre Breitschreit ist Breitschreit! Über die Arbeiter werden hoffentlich bald einschreiten, daß sie von den Sozialdemokratie nichts zu erwarten haben. Inzwischen sollten die Unternehmer überall an ihrer Taktik festhalten: Freiwilliges Entgegenkommen bis zum äußersten (Vachen b. d. Soz.), kommt es aber zum Kampf, aushalten bis zum Ende — dann hätte die Sozialdemokratie bald ausgespielt. (Große Heiterkeit b. d. Soz., Bravo! b. d. Rail.)

Schack (wirtsh. Bgg.): Die Tarifverträge begründen wir als Gegenbeweis gegen die sozialdemokratische Lehre vom unbedingten Interessengegenstand. Die Forderung nach Anerkennung der Berufsviere und nach Arbeitskammern geht von den christlichen Arbeitern aus, deren Bewegung ständig wächst und die Sozialdemokratie bereits mit schwerer Sorge erfüllt. (Vachen b. d. Soz.) Auch für die Kaufmännischen Angestellten kommen hoffentlich nach sieben mageren Jahren jetzt die sieben fetten. (Heiterkeit b. d. Ant.) Die strenge Durchführung der Sonntagsruhe und die Anstellung von Handelsinspektoren sind ihre nächsten Forderungen. Daß die Handelskammern dagegen sind, beweist nichts; denn alle Fortschritte im Handelsgewerbe sind gegen den Widerstand der Prinzipale durchgesetzt worden. Dringend empfehlen möchte ich die Wünsche der Buchdruckergewerkschaft in der Frage der Lehrlingsausbildung, schon deshalb, weil sie von der offiziellen deutschen Sozialdemokratie als künstlerisch bezeugt werden. Wenn man neben der immer radikalierenden Sozialdemokratie so frische Ansätze in der bestgeleiteten deutschen Gewerkschaft sieht, dann kommt man doch zu der Überzeugung: Wir stehen an einer Wendepunkte und es muß bald Frühling werden. (Vebh. Bravo! rechts.)

Pauli - Potsdam (R.): wendet sich gegen die Überhöhung des Genossenschaftswesens für die Handwerker und empfiehlt vielmehr den kleinen Besitzungsnachweis. In dem Aufschwung der deutschen Industrie hätten nicht sowohl die Arbeiter, als vielmehr die Unternehmer und die Schaffung einer großen Armee und Flotte bedeutenden Anteil. — Wenn die Zustände in den Güterwerken so schaurig seien, wie der Abg. Hue behauptet, so könnten ja die Güterarbeiter dem Arbeitermangel in der Landwirtschaft abhelfen. Zu Aussperrungen und schwarzen Listen sind die Unternehmer genau so berechtigt wie die Arbeiter zu den Kampfmitteln ihrer Organisationen. (Bravo! rechts.)

Eichhoff (Fbg.): Ich halte es für meine Ehrenpflicht, die schweren persönlichen Angriffe der Sozialdemokratie auf meinen Freund Mugdan zurückzuweisen. Die Religion sollte doch auch bei ihm die Sozialdemokratie Privatsache sein lassen. (Vachen bei den Soz.) Graf Posadowsky hat der Sozialdemokratie zugesagt: Strengste Wahrschau und Gerechtigkeit ist auch in der Politik die beste Taktik (Vebh. Beste Taktik bei den Soz.: Sagen Sie das doch Herrn Mugdan! — Vizepräsident Graf Stolberg bittet um Ruhe.) Etwas bessere Manieren könnten Sie (an den Soz.) sich auch angewöhnen. Es ist auch unwahr, daß mein Freund Mugdan den Capitalismus und die Kapitalistische auch nur mit einem Wort verteidigt hat. (Dort bei den Soz.) Ihr Loben wird uns nicht abhalten, weiterhin die Wacht am roten Meer zu halten. (Vachen bei den Soz.) Redner bittet den Grafen Posadowsky, doch auf die Mugdanschen Vorschläge zur Krankenkassenreform zu antworten und schließt mit der Aufforderung, im Interesse der Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern diesen das volle Koalitionsrecht und die Rechtsfähigkeit der Berufsviere zuzugestehen. (Bravo! b. d. Frei.)

v. Gerlach (Fbg.): Viel schlimmer als in den Krankenkassen ist das Vetterwesen z. B. in dem höheren Verwaltungskörper des preußischen Staates. (Sehr wahr! links.) Ich fürchte, daß das Jahr 1906 für die Sozial-

## Shill.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.  
Übersetzt von Natalie Viebnecht.

8. Fortsetzung.

Als ich Deinen Namen auf dem Stein las, Vater, war mein Herz tiefschrecklich, daß es unserem Blute vorbehalten war, ruchlosen Gewaltmenschen dieses heilige Pfarrhaus auszuweisen.

„Er hat es nicht ausgeliefert. Er wurde gefoltert und gehängt.“

„Er ist in der Gemeinschaft der Heiligen.“

„Ich wollte, ich könnte eine Gemeinschaft der Menschen sehen,“ bemerkte Stefan; „dann gäbe es keine Gewalttäglichkeit mehr, weil es keinen Raub mehr gäbe.“

„Du müßt das Land wieder für uns gewinnen, Stefan,“ sagte die Schwester, „versprich mir, mein Vater, daß ich ein Haus für fromme Frauen errichten darf, wenn es jemals dazu kommt.“

„Wir werden unsern alten Glauben nicht vergessen, das einzige Alte, welches uns nicht verlassen hat,“ sagte die Vater.

„Ich verstehe nicht, wie Du die Papiere aus den Augen verlieren konntest, Walter,“ sagte Stefan.

„Sie waren ja nie in meinem Besitz, sie waren nicht mein, als ich sie sah. Sie gehörten meinem Vater, und der ließ sich von niemand hineinreden. Er war ein kleiner Roman (kleingrundbesitzer), der in der Kriegszeit emporeckte, kommen war; es ging ihm recht gut, er hing aber immer an der alten Überlieferung, daß dieses Land hier uns gehörte. Dieser Hutton belam ihn in die Hände; er magte keine Sache gut, wie ich hörte; gewiß ist, daß mein Vater nichts sprach. Es sind jetzt über fünfzig Jahre, daß er seine Klageschrift auf Rückforderung des ihm rechtmäßig gehörenden Eigentums einreichte; er wurde abgewiesen, gab

Jahr nach dem Tode meines Vaters hatte ich allerdings Grund nach ihm zu forschen; er hatte aber Mowbray verlassen und Niemand konnte mir Nachricht von ihm geben. Ich glaube, er hat von unserem Prozeß gelebt und ist mit unseren Hoffnungen verschwunden.“

Auf diese Worte folgte ein kurzes Stillschweigen. Ein Jeder war mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt, während die milde Nacht und der Sternenhimmel zum Nachdenken aufforderten.

„Ich hörte das Geräusch des Regens,“ rief plötzlich die Schwester.

„Es ist nicht unser Zug,“ sagte ihr Vater, „wir haben noch eine Viertelstunde und werden zur rechten Zeit kommen.“

Dies sagend, führte er das Bonh nach der Stelle, wo einige Lieder den Bahnhof der Eisenbahn bezeichneten, die hier das Moor durchkreuzte. Es war gerade noch Zeit, das Tier dem Bonh, von dem es gekleidet war, zurückzugeben und die Fahrkarten zu lösen, als die Glocke des kommenden Bugs anludigte. Ja wenigen Minuten war die Schwester mit ihren Gefährten auf dem Wege nach Mowbray, das sie in zwei Stunden erreichten.

Zwei Stunden vor Mitternacht kamen sie auf dem Bahnhof von Mowbray an, der ungefähr eine viertel Stunde von der Stadt entfernt war. Die Arbeit hatte lange aufgehört und ein prächtiger Himmel, klar und hell, wölkte sich über der Stadt des Hauses und der Arbeit. Von allen Richtungen hin ragten die Fabrikschornsteine empor und hoben sich dunkel und scharf von dem Himmel ab; und manchmal ruhte ein funkelnder Stern auf ihren schlanken, nach oben spitz zulaufenden Formen.

Die Menschen eilten in eine der Vorstädte und nahmen sich der ungewöhnlich hohen Mauer eines sich weit ausdehnenden Gartens. Der Mond war gerade aufgegangen, er tauchte die Bäume in sein Silberlicht und zeigte ein hohes Portal und an dessen Seite ein kleines Bildchen,

politisch besonders unsicher sein wird. Wie notwendig ihre Fortführung wäre, hat aber die erschütternde Schilderung des Abg. Höré bewiesen. Das Gesetz über die Anerkennung der Berufssvereine darf unter keinen Umständen eine Einschränkung des Koalitionsrechts bringen. Besonders dringlich ist die Ausdehnung der obligatorischen Krankenversicherung auf die Handarbeiter und Dienstboten. Werden doch z. B. auf dem Gute Hoppenhagen in Ostpreußen Tageslöhne von 30 bis 60 Pf. verdient. Und da lädt der Reichstag sich noch anztelegraphieren: Ostpreußen in Preußen voran. (Große Heiterkeit und Beifall links.)

Sachse (SD): Die heutige Verhandlung des preußischen Abgeordnetenhauses hat bewiesen, daß über die Bosrussia-Angelegenheit die Regierung ganz falsch unterrichtet ist. (Hört, hört bei den Soz.) Gen. Edelburg wird die Tatsachen hier noch richtig stellen. — Bei den Klagen über sozialdemokratischen Terrorismus handelt es sich um Überreibungen der uns feindlichen Presse oder um ganz freie Erfindungen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wirklichen Terrorismus in großem Umfang verüben aber die Christlichen gegen uns. In den Wahlkreisen des Dr. Spahn hat man unsern Vertrauensmann nicht nur arbeitslos, sondern auch wohnungslos gemacht, ihm Fenster und Türen eingeschlagen, bloß um den Wirt zu erwingen, daß er ihn hinauswerfe. Wie wenig brüderlich die Christlichen untereinander sind, beweisen z. B. die Angriffe des "Bergknappen" auf die katholischen Fachvereine. Ihnen wird nachgesagt, daß sie die Mitgliederzahlen fälschten, Unterstellungen vertrachten, die sie nicht zählen könnten, beschuldeten und verleumdeten. Ein Kirchenstreit, der Kardinal Fischer, wird als Geisteskampf, Arbeiterverräte und konfessioneller Heger bezeichnet. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Und die Christlichen selbst mahnen ihre Arbeiter, wenn sie sich christlich organisieren, wie das in der apostolischen Verlagsanstalt und in der bischöflichen Brauerei Regensburg erst jüngst wieder vorgekommen ist. Die fromm christlichen Steinbrucharbeiter im Nördener Bezirk haben den Arbeitern auf ihre Vorberungen gar keine Antwort gegeben, wohl aber ihre Vorführer entlassen und die Gruben mit Militär besetzt, noch ehe es zum Streit kam, nur um die Arbeiter einzuschüchtern. (Bischofliches Hört! Hört! bei den Soz.) In Voithingen sind noch jetzt 30 Jahre nach den Knappenschaftslösungen noch keine Knappenschaftsvereine eingedient. Auf der Grube "Fortuna", die der Familie Trimborn gehören soll, bilden gesetzwidrig Beamte den Arbeiterausschuß. Von frommen Katholiken wurden auf einer Grube sogar 50 Gefangene beschäftigt. (Hört! Hört! b. d. Soz.) um die Löhne zu drücken. Auch die katholischen Handwerkmeister behandeln ihre Gelehrten sehr christlich. Sie haben nichts gegen die Organisationen der Arbeitern — bei den andern. Sie denken: Heiliger Sebastian, verschon mein Haus, sind andere an! (Zurufe im Zentrum: Das ist ja der heilige Florian, nicht der Sebastian. Große Heiterkeit.) Man wirft uns unseren Revolutionarismus vor. Über in Frankreich haben ja jetzt die katholiken Klerikalen Barricaden in den Kirchen. Sorgen Sie für eine Evolution, dann wird die Revolution nicht eintreten. (Sehr gut! b. d. Soziald.) Bei dem Bergarbeiterstreit hat ja über der Minister Müller erklärt, er habe die Katastrophe vorausgesehen, und hat doch nichts dagegen getan. (Hört, hört! b. d. Soziald.) Aber durch das "Gloria populi vom Himmel lassen sich heute auch die christlichen Arbeiter nicht mehr einzulassen, auch die christlichen Gewerkschaften werden jetzt den Unternehmern schon sehr unangenehm. Und in der Politik verlangen sie energetische Fortführung der Arbeiterfürsorge oder — Bericht der Römischi-Warteteien auf die Arbeitermassen. (Bischofliches Hört, hört! b. d. Soziald.) Da kann ich dem Staate nur raten, beizitzen den Herrenhaus-Standpunkt aufzugeben und auch auf politischem Gebiet nicht länger durch Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts die Arbeiter in den Mäzenstreit hineinzutreiben. (Sehr gut! bei den Soziald.) Die christlichen Gewerkschaften aber fordern ich auf, immer mehr und mehr mit uns Hand in Hand zu gehen und sehe ihrer Entwicklung mit aller Ruhe zu, denn es geht mit ihnen in sozialdemokratischem Sinne vorwärts, nicht rückwärts. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Wenn sich erst die Wirkungen des neuen Zolltariffs und des neuen Berggesetzes zeigen, wenn wir jetzt die schlecht bezahlten Heimarbeiter über die Fürsorge des "christlichen Staates" für sie aufklären, dann wird das Zentrum noch sein blaues Wunder erleben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Graf Kosadowski sagte, er liebt die Politik der Mäzen nicht. Aber wie schikanert man uns mit Versammlungsauslösungen, im schwarzen Münsterlande besonders, wie drangsaliert man unsere Flugblattverteiler, mißhandelt sie sogar, und bedroht die Wirts mit Konzessionsentziehung, wenn sie uns ihr Lokal zur Verfügung stellen! In Steilinghausen erwangen sich die Polizisten überall von den Wirts Freibier. (Hört, hört! b. d. Soz.) In Überschreiten werden unsere Versammlungen sofort aufgelöst, wenn nur jemand vom Stuhl aufsteht (Heiterkeit), in Schleien sogar, wenn sie zu gut besucht sind. (Erneute Heiterkeit.) Jeder ausländische Arbeiter, der sich unserer Gewerkschaft anschließt, wird ausgewiesen, aber die ausländischen Streitbrecher lädt man herein, auch wenn sie

schlimme Krankheiten ins Land bringen — es sind eben keine Ochsen und Schweine. (Heiterkeit links.) Auf ihren schwarzen Listen verzeichnen die Schmänner nicht nur die streitenden Arbeiter, sondern auch alle, die Lohnforderungen stellen, oder ihrem letzten Unternehmer noch etwas Schuldbild sind. Das Berggesetz bezeichnet auch die christlichen Bergarbeiter als Verrat. Von den Arbeiterausschüssen haben wir nicht viel zu erwarten, weil ihnen nicht die nötigen Rechtsgarantien gegeben sind. Vor allen Dingen hätte man ihnen das Recht geben müssen, auch beim Gedingenwerken ein Wort mitzusprechen. Selbstverständlich verlangen wir die geheime Wahl bei den Arbeiterausschüssen. Prinz Ludwig von Bayern hat ja selbst erklärt, es gäbe gewissenlose Leute, die die Arbeiter wählen, anders zu wählen, als sie wünschten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Diesen Ausspruch mögen sich die Grubenbarone hinter die Ohren schreiben. Wenn es dem Zentrum ernst gemeint wäre, ein Reichsgesetz zu schaffen, dann hätte es im Abgeordnetenhaus gegen die Berggesetzmöller stimmen müssen. Dadurch wäre die Regierung gezwungen worden, die Vorlage vor den Reichstag zu bringen, wenn sie nicht vorwürdig werden wollte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Den Staatssekretär fordere ich auf, wenigstens für wirklich unabhängige Arbeiterausschüsse zu sorgen. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Borquin (FBP) tritt für internationale Regelung des Bergschutzes ein.

Das Haag vertagt sich.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Tagesordnung: 1. Novelle zu den Gesetzesbestimmungen über die freiwillige Geschäftsbart. 2. Fortsetzung der heutigen Debatte.) Schluss 6 Uhr.

## Soziales und Parteiwerk.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. 2500 Arbeiter ausgesperrt. In den Brennaborwerken (Fahrrad- und Kinderwagensfabrik) der Firma Gebr. Reichstein in Brandenburg a. d. H. wurde am 5. Februar der gesamte Betrieb geschlossen, weil etwa 400 Arbeiter behutsam Erzwingung schon früher zugesagter höherer Lohnsätze im Streik standen. Von dieser Auspferzung werden etwa 2500 Arbeiter betroffen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen, Malern, Lackierern usw. ist fernzuhalten. — In den Meieraner Schuhfabriken von Gebr. Lichtenstein und Malz sind Schablonen entstanden; bei Malz kam es zur Arbeitsniederlegung. — Die Metallarbeiter in Saalfeld stellten Forderungen auf Bohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. — Die Arbeiter der Vereinigten chemischen Fabriken in Erfurt traten in eine Lohnbewegung ein. — Die Gärtnerzehnungen in Ulm sind in eine Bewegung eingetreten. Zugang nach Ulm und Neu-Ulm ist fernzuhalten. — In der Silberwarenfabrik von Karl Kutz in Hauenstein sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten. — Auf dem "Austria"-Schacht in Karlsruhe (Österreich) sind wegen Entlassung mehrerer Arbeiter die Bergleute in den Ausstand getreten. — Bei den Gewerbegeichten wählten in Gießen siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 962 Stimmen gegen 763 im Jahre 1903. Die "nationalen" Arbeiter brachten es auf 109 Stimmen. Sie erhalten etliche, die freien Gewerkschaften elf Sitzplätze.

Eine christliche Offenherzigkeit läßt sich die "Sauer Post" in einem Artikel ihrer Nummer 26 vom 1. Februar, indem sie in einer Notiz aus dem Voithinger Gebiet über den dort drohenden Streik der Minettarbeiter am Schluß schreibt: "Die Regierung hätte alle Ursache, in diesem wirtschaftlichen Streite unparteiisch zu bleiben, um so mehr, als dort keine sozialdemokratische Organisation in Frage kommt." Das ist wenigstens eine anerkannte Werte Offenherzigkeit unserer christlichen Freunde. Also: um so mehr, als dort nur die christlichen Brüder in Frage kommen, verlangt man von der Regierung Unparteilichkeit. Würde es sich hingegen um den "sozialdemokratischen" Bergarbeiterverband handeln, brachte die Regierung nicht unparteilich vorzugehen. Die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht schließt hier der Regierung einfach eine Verletzung des Reichsgrundrechts, vor dem Gesetz sind alle gleich unter.

Die goldene Internationale. Vorige Woche ist, wie die "Rheinische Zeitung" mitteilte, in Köln unter der Firma Internationale Kohlenbergwerke. Mittengesellschaft von einem unter Führung des Schaffhausern Bankvereins stehenden Konsortium eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 16 Millionen Mark und dem Sitz in Köln gegründet worden, an der eine deutsche und eine französische Gruppe je zur Hälfte beteiligt sind. Die Gesellschaft beabsichtigt, Kohlenbergbau in

einen Stadtteil gelangten, der einen ganz anderen Charakter trug, und durch die himmenhohen Fabrikshornsteine und losenartigen Bauten ordnetete, daß hier der industrielle Mittelpunkt von Monbraz war. Diesen Stadtteil durchschneidend erreichten sie eine Vorstadt, die aber ein ganz anderes Aussehen und Gepräge hatte als die, in welcher sie Söhne gelassen hatten. Sie war volkreich, gerüstetvoll und hell erleuchtet. Es war Sonnenabend Abend, die Straßen mit Menschen bedekt. Ein Gewirr wie von Bierenschwärmen. Aus den angrenzenden Höfen und Gassen ergossen sich dicke Scharen, die auf- und abwogen, die schwere Abendluft eratmeten, die ihnen in ihren Höfen und Gassen versiegte war, und die Einkäufe für den Sonntag besorgend. Die blendend erleuchteten Buden auf der Straße, die in Gemangelung von Gas durch Papierlampen und Laternen das Publikum anzogen, drängten sich auf lustige.

Kommen Sie, kommen Sie, es ist ein Stück erster Qualität," sagt eine wohlgenährte Frau, die Eigentümerin einer Bude, die, obgleich schon viel daraus verkauft war, doch noch einen ziemlichen Vorrat vorführreicher Waren enthielt.

"Sr. Witwe, es ist ein hübsches Stück," sagte ein kleiner blaffer Mann fröhlig.

Kommen Sie nur, es wird spät, und Ihre Frau ist krank! Sie sind eine gute Seele, und ich lasse es für fünf Pence das Pfund, und das Endstück hier gebe ich drei."

Morgen gibt's kein Fleisch für uns, Witwe," sagte der Mann.

"Und warum nicht, Nachbar?" Mit Ihrem Lohn müßten Sie wie ein Preisboxer, aber wenigstens wie der Major von Monbraz leben können."

Voithingen zu betreiben. Dem Konsortium gehören auf deutscher Seite die Internationale Rohrgesellschaft, der A. Schaffhausern'sche Bankverein, die Bank für Handel und Industrie, die Berliner Handelsgesellschaft, die Dresden Bank, die Nationalbank für Deutschland und die Internationale Bank in Luxemburg an. — Während die deutschen Spieler über den Skarotzkonflikt klagten, vereinigten sich deutsche und französische Großkapitalisten zur gemeinsamen Ausbeutung der Bodenschätze an der Grenze beider Länder. Der Rhein war ehemals ein Rettungsboot für den französischen "Cobrelud", heute versammeln sich an seinen Ufern Ausländer beider Länder und schweden gewissame Blüte, wie am schaustein und bequemen die deutsch-französischen Taschen gefüllt werden können. Die Sozialdemokratie aber ist "unterlandslos", weil sie die Soldatenklät der Arbeiter aller Kulturländer predigt.

Ein Urteil von höchster Bedeutung für die gewerkschaftlichen Kämpfe hat das Oberlandesgericht zu Naumburg gefällt. In Bielefeld hatten die organisierten Brauer Differenzen mit dem Brauerei-Unternehmer Dettler. Das angerufene Gewerkschaftskartell Bielefeld hatte einer öffentlichen Versammlung die Unregelmäßigkeit unterbreitet und die Versammlung beschloß nach langen Verhandlungen den Boykott über jene Brauerei. Da bis dahin das Dettler-Bier in den meisten Lokalen getrunken wurde, in denen die Arbeiter verkehrten, wirkte der Boykott, und das umso mehr, als der Kartellvorsteher Wolf durch Täserat wiederholt bekannt machte, daß nach dem Beschuß einer Versammlung kein organisierte Arbeiter und Angehörige Dettler-Bier trinken durften. Der Brauereibesitzer klagte deshalb gegen den Vorsteher des Kartells und verlangte Entfernung der Veröffentlichen. Vor der Bürgerversammlung des Landgerichts Naumburg machte der Rechtsanwalt Dettlers gestand, daß die Bekanntmachungen nach §§ 828 und 826 des B. G. strafbar seien, denn sie führten die grundsätzliche Schädigung Dettlers herbei und verstießen auch gegen die guten Sitten. Auch die Gastwirte würden, wie aus verschiedenen Büroschriften hervorging, schwer geschädigt. Deshalb sei durch eine einstweilige Verfügung dem Beklagten Wolf jede weitere öffentliche Kundgebung gegen Dettler zu untersagen und jeder Wiederholungsfall zu bestrafen. Es wäre die höchste Zeit, so fühlte der Justizrat Hagemann weiter aus, "daß dem unerhörten Treiben der sozialistischen Gewerkschaften eine Schadenserschließung ein Ziel gesetzt werde." In einer Schadenserschließung sei nicht zu denken, eine hohe Geldstrafe sei deshalb geboten. Der Auwall des Beklagten wies treffend nach, daß § 152 der Gewerbeordnung in seiner Konsequenz dem Arbeiter das Recht gebe, auch solche Erklärungen und Anforderungen zu erlassen und daß die hiesigen Gewerkschaftskartelle die Interessen der Arbeiter vertreten und wahren können. Das Landgericht aber erlaute nach den Ausführungen des klerikalen Auwalls und verhängte eine Geldstrafe von 500 Mark für jeden weiteren Fall einer Veröffentlichung durch den Angeklagten. Gegen dieses Urteil war beim Oberlandesgericht Naumburg Berufung eingereicht worden. (Der Boykott ist inzwischen aufgehoben worden.) Vor dem Oberlandesgericht wurde der ganze Tatbestand noch einmal aufgerollt, doch kam es bei dem ersten Termin noch nicht zu einer Urteilsfassung, diese hieß sich der Gerichtshof für einen neuen Termin vor. In diesem ging man noch einmal auf die Sache selbst ein, der Gegenanwalt brachte dabei zur Sprache, daß zwar der Boykott aufgehoben sei, daß aber viele Wirts auf Fragen durch den Richter erklärt hätten, daß die Arbeiter noch immer kein Dettler-Bier trinken wollten. Das Oberlandesgericht verwarf dann die Verurteilung des Angeklagten unter der Begründung, daß in jenen Veröffentlichungen eine Verurteilung enthalten sei und daß sie ferner gegen die §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches verstießen. Demnach bleibe es bei den 500 Mark Geldstrafe für jeden weiteren Fall einer öffentlichen Bekämpfung des Angeklagten gegen Dettler. Das Oberlandesgericht Naumburg ist schon bekannt durch seine Urteile gegen die Arbeiterorganisationen. Es war auch seinerzeit das erste, daß für unsere Parteipresse die Worte "Zugang ist fernzuhalten" unter Strafe stellte. Das ist später wieder fallen gelassen, und so wird es auch wohl dahin kommen, daß auch öfters Urteil einmal seine Bedeutung verliert, denn die Arbeiterchaft wird sich auch damit abzufinden wissen.

Lästige Ausländer. In Heeren in Westfalen wurden brennende Biergläser ausgeworfen, die sich nichts haben zu schulden kommen lassen, als daß sie brave Parteigenossen sind und auch als Gewerkschafter ihre Pflicht erfüllen. Sie fallen eben lästig, weil sie unter

"Bohn! Ich wollte, Sie hätten ihn! Diese Halluzinen Shuffe und Screw (ungefähr: Schwibbel und Schraube) haben mir solche Angst gemacht, daß mir fast nichts übrig bleibt."

"O, diese Shuffe!" rief die Witwe aus. "Wenn's Ihnen nur einmal an den Fingern ginge, den schändlichen Ausläugern!"

"Und noch dazu für so gute Arbeit! Sie wissen, daß ich nicht der Mann bin, schlechte Arbeit zu liefern, Witwe Cartz."

"O, John Hill, ich kenne Sie von Kindesbeinen an, jetzt über zwanzig Jahre, und ich habe nie ein Wort zu Ihrem Nachteil gehört, bis Sie in die Fabrik von Shuffe und Screw kamen, das sind abscheuliche Bruteschinder."

"Ja, mit denen ist kein Auskommen. Sie behaupten, dieselben Löhne zu geben, wie die Anderen, und nehmen es uns wieder in Strafe und Abzügen. Wenn man sich noch so sehr abrackt, kriegt man eine so lange Liste von Strafen und Abzügen, daß nichts übrig bleibt. Ich glaube, Sie erhalten Ihre ganze Fabrik mit Strafen und Abzügen."

"Schändliche Kerle!" sagte Frau Cartz. "Nun, Madame, wir haben kein Halbstück mehr, kein Halbstück! Sie sehen auch nicht aus, als ob Sie Halbstück ähnen," rief sie halb laut der weggehenden Kunden nach. "Nun, Nachbar Hill, wenn Sie das Stück Ihrer Frau nach Hause nehmen, so rechnen wir nächsten Sonnabend ab. Und was wollen Sie, Herr?" sagte die Witwe mit einem ernsten Ausdruck zu einem jungen Burschen, der heran kam.

(Fortsetzung folgt.)

den vielen jetzt wieder aus Urgern ins Fahrwasser geschleppten Urgern aufzuhören wirken könnten. Vor einigen Tagen wurde bei den drei Genossen durch den königlichen Sozialkommissar Görlie-Dortmund gehandelt, der nunmehr eine ganze Menge harmloser Sachen, wie Ausnahmescheine zum Konsumverein, Parteimarken usw. beschlagnahmte. Gleichzeitig stellte Herr Görlie die Ausweitung schon in Aussicht. Einem der drei Genossen wurde gesagt, er werde ausgewiesen, weil er beim vorjährigen Bergarbeiterstreik Bemühungen unternommen habe. Eine Klage hat man aber gegen unsrigen Genossen nicht angefertigt. Tatsächlich hat er in einer Versammlung auch nur über Misstände auf den Berchen geredet. Das wird auch wohl der Hauptgrund der Ausweitung sein. Vergessen darf aber nicht werden, daß die Leute schon mehr als ein Jahrzehnt auf der Bache tätig waren. Sehr wissen sie innerhalb 14 Tagen Preisen verloren haben. Auf dem Auto wurde ihnen noch mitgeteilt, daß man ihren Lohn auf der Bache beschlagnahmen lassen würde, um damit die Kosten für den Schaden zu decken. Wenn das wirklich geschehen sollte, so wäre das eine völlig gesetzwidrige Gewaltmaßregel. Es wird dafür gesorgt werden, daß der Fall auch noch an anderer Stelle zur Sprache gebracht wird. Die Regierung wird gezwungen werden, sich in der Sache zu äußern.

**Beugniszwang gegen Sozialdemokraten.** Unser Parteivorstand in Forst, die "Märkische Volksstimme", berichtet: "Gestern, Montag, wurde der Metteur unseres Blattes, Genosse Thiele, vom Untersuchungsrichter vernommen, um ehrlich Anklage darüber zu geben, wer Verfasser des angeblich schadhaften Aufrufes ist, wegen dessen unser Kollege Werner noch immer in Untersuchungshof steht. Genosse Thiele verweigerte sein Bemühen und wurde beseitigt wegen Beugnisverweigerung zu 50 Mark Geldstrafe, im Nichtausbringungsfalle 10 Tage Haft, und zur Tragung der Kosten des hundtausend Termins verurteilt. Beschwerde ist eingeregt, da Genosse Thiele unfeines Erachtens nach § 54, mindestens aber § 56 der Strafprozeßordnung zur Verweigerung der Aussage berechtigt ist." Auch wir sind der Meinung, daß der Metteur in dem vorliegenden Falle seine Aussage auf Grund beider angezogener Paragraphen verworfen könnte. Diese Forster Affäre liefert übrigens wieder einen Beweis, wie häufig es noch mit der preußisch-deutschen Freiheitlichkeit nicht, den verantwortlichen Redakteuren in Forst genügt es nicht, den verantwortlichen Redakteuren wegen eines angeblich schadhaften Artikels in wochenlangen, durch nichts gerechtfertigte Untersuchungshaft zu setzen. Man will auch noch die hier völlig nebensächliche Person des Verfassers ermitteln und scheut sich nicht, aus dem Metteur mittels der Dauerschauen des Beugniszwangsverfahrens eine Aussage herauszupressen. Das ist ein Verfahren, wie es im finstern Mittelalter auch nicht schlimmer gelöst werden konnte. Ein ebenso stanbloses Beugniszwangsverfahren schwelt beispielhaft gegenwärtig in Bielefeld, wo Genosse Bruno Schumann schon vier oder fünf Wochen in Haft hält, gehalten wird, weil er sich weigert, über an sich belanglose Dinge auszusagen, die ihm im Vertrauen auf seine Verhältnislosigkeit mitgeteilt wurden und deren Preisgabe in der öffentlichen Meinung als ehrlöse Handlung gelten würde. Die bürgerliche Presse, die früher hin und wieder noch gegen diese moderne Folter des Beugniszwanges protestierte, schweigt jetzt vorartige Fälle einfach tot.

**Thomas Boppoth gestorben.** In Wien ist am Sonnabend nach langem Sichthum der Parteigenosse Thomas Boppoth im Alter von 40 Jahren der Tuberkulose erlegen. Als 19-jähriger junger Mann wurde er wegen Staatsfeindschaft zu einem Jahr Haft verurteilt. In der Zelle im Stein holte sich Boppoth die Tuberkulose und wurde nie mehr ganz gesund. Aber das hinderte ihn nicht, der Sohn des Sozialismus mit Feuer und verzehrender Hingabe zu dienen. Er war bis in die letzten Wochen hinein agitatorisch tätig. Ehre seinem Andenken.

**Der § 153 und die Presse.** Ein gründliches Glasloch hat die Brüderstaatliche Staatsanwaltschaft in ihrem mit dem § 153 gegen unsrer dortigen Parteiblatt geführten Kampf erlebt. Besonders sind gegen den Redakteur der "Volkswoche", Genosse Kellitz, mehr als ein halbes Dutzend Anklagen wegen Streitknoten erhoben worden, in denen vor Zugang gewarnt wurde. In früheren Jahren hatte man wegen gleicher Motiven ebenfalls eine ganze Anzahl von Anklagen erhoben, die sich auf den Grobverungangsparagraphen stützten. Nachdem die damalige Aktion schlaglos gegangen war, hatte unsrer Parteiblatt nach dieser Richtung bis heute, bis zur Staatsanwalt ein Urteil des Landgerichts in Bielefeld einen sehr salopp begründeten Reichsgerichtsurteil ausgestrahlt, nach dem sich der § 153 auch sollte anwenden lassen auf "Territorium", der von Arbeitern gegenüber Arbeitgebern verübt wird. Durch die belästigten Polizei sollte die "Volkswoche" Arbeitgeber durch Verurteilung terrorisiert haben, um sie zu veranlassen, Forderungen der Arbeiter folgen zu lassen. Zur ersten dieser Fälle erkannte das Reichsgericht auf die geistige Mindeststrafe von einem Tage Gefängnis. Gegen dies Urteil war vom Staatsanwalt wie vom Beurteilter Berufung eingeregt worden, über die gestern verhandelt wurde. Resultat: Freisprachung des Angeklagten. Ob unter diesen Umständen die andern sieben oder acht Prozesse überhaupt erst durchgeführt werden?

Auch im Hessen wird der Kampf gegen die Sozialdemokratie auf dem Verwaltungsweg geführt. Genosse Bahns war in Wiesbaden als Beigeordneter des Bürgermeisters gewählt worden und hatte von diesem ein vorzügliches Zeugnis über seine Fähigung zu diesem Amt erhalten. Trotzdem versagte der Offenbacher Kreisbauernrat die Bestätigung. Sozialdemokraten kann man eben in öffentlichen Ämtern nicht gebrauchen; sie wären imstande, mit den ältesten Traditionen zu brechen und die schöne Harmonie zwischen den "besseren Bürgern" und der Verwaltung zu stören.

**Sozialdemokraten in Münchener Kirchenverwaltungen.** Bei den Montag vorgenommenen Wahlen der Kirchenverwaltungsmitglieder der katholischen Stadtbezirke Schwabing und Sendling errangen die Sozialdemokraten, die zum ersten Mal an diesen Wahlen teilnahmen, unterstützt von den Überalen, einen überraschenden Sieg; in beide Kirchenverwaltungen wurden zum ersten Mal in München mehrere Sozialdemokraten gewählt.

**Bundrat und Vereinsgesetz.** In Springe, Pöhlitz Hannover, restiert als Nachfolger des im Duell erschossenen Vorsitzenden des Bündnisses des Bundrates v. Baer, ein ehemaliger Sozialistenkämpfer. Dieser Herr scheint über das Vereinsgesetz und seine Pflicht als Hüter des Gesetzes seine eigenen Ansichten zu haben, wie folgendes Vorfall beweist. Der Konsumverein von Springe melkte am Donnerstag dem Bundrat auf Grund des Vereinsgesetzes, daß am Sonntag, den 4. Februar, im Postlichen Saale ein Völkerbundsvortrag stattfinden werde, und bat um die Annahmebehörde. Am Freitag morgen erhielt der Einberufer vom Gastwirt Pott einen eingeschriebenen Brief, in dem dieser mitteilte, daß er seine Ansage, für diesen Vortrag den Saal zu überlassen, zurückziehe. Und am Freitag nachmittag kam folgendes landgräfliche Schreiben an:

Der Landrat.

J. Nr. I 2762.

Springe, den 2. Febr. 1906.  
Die für das Vorführen von Völkerbundern und zu einem Vortrage über die Konsumentenbewegung für den 4. d. Mts. erlaubte Erlaubnis kann nicht erteilt werden, da Ihnen noch mir gewordener Mitteilung der Saal des Herrn Pott für den Tag nicht zur Verfügung steht.

v. Baer.

Herrn Wilhelm Steingrube

in Springe.

Merkwürdig ist an dem Schreiben zunächst, daß der Bundrat von Erlaubnis redet! Er war um eine Erlaubnis gar nicht gefragt und hatte im Übrigen auch gar nichts zu erlauben. Seine Pflicht war, sofort eine Bescheinigung zu ertheilen, daß die Versammlung angemeldet ist, und um weiteres hatte er sich gar nicht zu kümmern. Über wenn sich der Bundrat schließlich in einem Fehlumzug befunden hätte, ist ja nicht der Weg der Beschwerde beschritten worden. Wie die "Börs. Btg." berichtet, wird das gegen den verantwortlichen Redakteur des Flugblattes, Reich Mühsam in Charlottenburg, eröffnete Verfahren noch nach anderer Richtung zu Größenrungen verhältnisse geben. Mühsam sollte nämlich bei seiner Vernehmung gleichzeitig auf der Polizei photographiert worden; er hat sich, so lange es möglich war, mit allen Mitteln dagegen gesträubt und sich bemüht, eine Färbung seines Bildes auf der Blatte unmöglich zu machen. Sein juristischer Sachwalter bestreitet der Polizei das Recht, jemand wider seinen Willen photographieren zu lassen, und will die nötigen Schritte gegen dieses Verfahren unternehmen und bis zu den höchsten Instanzen verfolgen.

Ein von den "Anarchisten Deutschlands" erlassenes Flugblatt zum 22. Januar war in Berlin durch amtsgerichtliche Verfügung wegen Aufreizung zum Kloßhaf, Aufruhr zur Verleihung der Gewalt durch Aufforderung zum Generalauftand etc. beschlagnahmt worden. Gegen diese Beschlagnahme ist jetzt der Weg der Beschwerde beschritten worden. Wie die "Börs. Btg." berichtet, wird das gegen den verantwortlichen Redakteur des Flugblattes, Reich Mühsam in Charlottenburg, eröffnete Verfahren noch nach anderer Richtung zu Größenrungen verhältnisse geben. Mühsam sollte nämlich bei seiner Vernehmung gleichzeitig auf der Polizei photographiert worden; er hat sich, so lange es möglich war, mit allen Mitteln dagegen gesträubt und sich bemüht, eine Färbung seines Bildes auf der Blatte unmöglich zu machen. Sein juristischer Sachwalter bestreitet der Polizei das Recht, jemand wider seinen Willen photographieren zu lassen, und will die nötigen Schritte gegen dieses Verfahren unternehmen und bis zu den höchsten Instanzen verfolgen.

Die Schulzustände im Junkerparadies beleuchtete dieser Tage ein wahres Dokument auf einer Seite bei Caffra. Kommt da ein biederer Oftmärker von 35 Jahren zum Bureau, um Vorwurf zu erheben. Als er die Haftungsunterschrift leisten soll, erklärt er, nicht schreiben zu können. Der erstaunte Beamte fragt ihn, ob er denn nicht zur Schule gegangen sei. Der Oftmärker verneint dies und führt als Grund an, er habe die Kühle hinter müssen. Der Beamte meint weiter, sein Herr müsse ihn doch zur Schule geschickt haben, da dort auch der Schulzwang besteht. Ganz plötzlich entgegne der Biedere: "Nee, hab' sich für Kreisschulinspektor Schie gehütet."

**Verurteilte Straßendemonstranten.** Vor dem Schöffengericht Crimmitzschau hatten sich der Agent Emil Richard Horn aus Orlitzhain, der Weber Gustav Lorenz, der Weber Max Guido Mühl, der Weber Karl Alfred Otto, der Färbereiarbeiter Gustav Julius Petermann und der Schuhmacher Karl Hermann Meyer von Neukirchen wegen Vergehens nach §§ 146 und 147 der Crimmitzschen Strafpolizeiordnung, § 360 des Strafgesetzbuches und §§ 12 und 33 des sächsischen Vereins- und Versammlungsrechts zu verantworten. Dieser Vergehen sollten sich die Angeklagten schuldig gemacht haben durch die Teilnahme an den Straßendemonstrationen am 17. Dezember. Das Urteil lautete gegen Horn auf 7 Tage Haft, gegen Lorenz und Mühl auf 3 Tage Haft, gegen Otto und Petermann auf 2 Tage Haft, gegen Meyer auf 4 Tage Haft. Die Verurteilungen erfolgten lediglich wegen Vergehens gegen die Crimmitzschen Strafpolizeiordnung und das Strafgesetzbuch. Horn und Meyer erhielten Bußstrafen; ersterer, letzterer, weil er einen Schutzmann beleidigt hatte. Bezüglich der Vergehen gegen das sächsische Vereins- und Versammlungsrecht erfolgte jedoch aus rechtlichen Gründen Freispruch.

Infolge der Niesenprotestversammlung vom Sonntag gegen das Schulgesetz in Frankfurt a. M. haben bereits, wie die Frankfurter "Volksstimme" mitteilt, 200 Frankfurter Bürger ihren Austritt aus der Kirche erklärt.

**Die Schweiz als deutscher Polizeihüttel.** Nach dem Vortrag "Euro" hat die Kreisdirektion II der Bundesbahnen in Basel den Verlauf der Grossküste Stephanys den Bahnhofsbuchhandlungen dieses Kreises verboten, nachdem die reichsdeutsche Regierung sich darüber beschwert, daß das Buch einen "unstlichen Inhalt" habe. Das Verbot erfolgte, weil die Bundesbahnen grundsätzlich "obzöne Bücher" (1) zum Verkauf in den Bahnhöfen nicht zulassen. (Preußen findet gelegte Schülern in der Schweiz Reb.)

**Literarisches.**  
Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: "Omnacht?" — Die Vergleiche und der preußische Landtag. Von Otto Huse. — Der 17. Januar in Hamburg. Von Gustav Stengel. — Die 8. Februar in den Vereinigten Staaten. Von A. W. Simons (Chicago). — Die Gewerbeinspektion im Jahre 1904. Von D. Südländer. — Zum Arbeitgeber "Staat". Von E. Rieger. — Ortsüblicher Tagelohn und Kriminalität in Preußen. Von Dr. Siegfried. — Literarische Rundschau: Dr. Bernhard Brandt, Die Grundlagen und die Grenzen des Chamberlainismus. Von M. Beer. Dr. Elisabeth Gottheiner, Die gewerbliche Arbeitersinnfrage. Von Theresia Schlesinger-Geflein. — Notizen: Von der Nordwestdeutschen Gemüse und Obst in Deutschland. Von E. G. Italienisches Gemüse und Obst in Deutschland. Von E. G. Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kölporteuren zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonnieret werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern liefern jederzeit zur Verfügung.

Unter "Generalpostalin" Nr. . . . a. d. Exp. Auch "rauchlose und alkoholfreie" Chen solche Kälbwer werben ohne Zwischen "im Himmel" geschlossen.  
**Die volle Kompostschüssel.** Ein Bild des Sammers bot in der am Freitag stattgehabten Schiedsgerichtssitzung für Arbeiterversicherung in Freiburg die landwirtschaftliche Arbeiterin Karoline Klimmert aus Konstanzwaldau. Sie ist eine recht bekannte Frau, der man an ihren verhüllten Gesichtszügen und ihrem gebrochenen Rücken die seit Jahrzehnten

**Totaler Ausverkauf wegen schlechterer Räumung für jeden unnehmbar. Preis.**  
ca. 100 hochseine Blisch-, Taschen-, Moquette- und Salongarnituren in allen Farben, Buffets, Schreibtische, Salonschränke, Phantasieschränke, Spiegel und Spiegelschränke, großes Trumeau, Salon- und Aussichtstische, Bettstücken, Walztisch, engl. Schlafzimmer, hell und alt mahag., Küchenmöbel.

Fischstraße 40.

Ihren Gold- u. Silberwaren,  
anerkannt billig bei  
**Ernst Gentzen**  
Uhrmacher,  
Königstraße 62, bei der Hölle

Die grünen Marken gehen nicht ein.



Nur noch kurze Zeit dauert mein

## Inventur- u. Reste-Ausverkauf

zu enorm billigen Preisen.

Loden-Suppen und Winter-Paletots mit 20% Rabatt.

Empfiehlt besonders mein großes Lager in:

Betten, Bettfedern u. Aussteuer-Artikeln, Kleider-Stoffen, Blusen-Stoffen, sämtlichen Manufakturwaren,

**Arbeits-Garderoben.**

Während des Ausverkaufs gebe ich

doppelt grüne Rabattmarken.

Nehme volle Bücher in Zahlung mit 5 und 10 Mk.

# Wilh. Bartelt

Breitestraße 39. \* Breitestraße 39.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Heute Sonnabend:  
**Schluss** des enorm billigen  
**Extra-Ausverkaufs**

Folgendes Angebot bitte ich besonders zu beachten:

**Posten Herren-Anzüge** jetzt 22 Mk.  
regulärer Wert 30—35 Mk.

**Posten Knaben-Anzüge** jetzt 2<sup>65</sup> Mk.  
regulärer Wert bis 7 Mk.

# Hans Struve

Königstraße 89, Ecke Wahnstraße.

Verantwortlicher Redakteur für den gewerblichen Teil der Zeitung mit Ausgaben über Lubitz „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gleichgestellten Städte und Dörfer: **Gebauer'sche Stellung**. — Verantwortlicher Redakteur für die Stadt „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gleichgestellten Städte und Dörfer: **Paul Löwiat**. — Redakteur: **W. Strohfeldt**. — Druckerei: **W. Strohfeldt & Co.** — Redakteur in Lubitz: **Paul Löwiat**.

Wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts

# Ausverkauf Totalausverkauf

Schirmfabrik und Gutbazar von **H. Stoppelman, Lübeck**

Königstraße 73, Eingang Höllestraße. — Filiale: Schwartau, Markt 12.



Ausverkauf von zurückgesetzten guten, haltbaren Korsetts zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.  
**Th. Jepsen, 7 Pfaffenstr. 7.**  
Bitte genau auf die Hausnummer 7 achten zu wollen.

Von der Internationalen Bibliothek  
— erste Serie —

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mk. 2,50
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	" "
Bebel, Charles Fourier,	" "
Stern, Philosophie Spinoza's	" "
Kautsky, Das Erfurter Programm,	" "
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	" "
Stepniak, Der russische Bauer,	" "
Mehring, Die Lessing-Legende,	" "
H. Lux, G. Cabet und der italienische Kommunismus	" "
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	" "
Fr. Engels, G. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	" "
Dietzgen, Das Aquisit der Philosophie und Briefe über Logik	" "
C. Hugo, Die englische Gewerkschaftsbewegung	" "
K. Marx, Revolution und Konter-Revolution in Deutschland	" "

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Deutscher

# Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Lübeck.)

Außerordentliche Mitglieder - Versammlung am Sonnabend den 10. Februar

abends 8<sup>1/2</sup> Uhr im großen Saale des „Vereinshauses“, Johannisstr. 50. Tagesordnung äußerst wichtig und reichhaltig, daher vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig. Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

Die Lokalverwaltung.

Frische Rippen	Pr. 50
Bratenschmalz	- 45 -
Flohmen	- 80 -
Kalbsleisch	- 50 -

**H. Timm**  
Grosse Altefahre 1.

Prima Schweinefleisch	Pr. 80
Prima Rindfleisch	Pr. 55
Prima Kalbfleisch	50 u. 60 Pr.
Prima hiesige Flohmen	75 Pr.
Pa. Leberwurst u. Gefüchte	Pr. 70
Prima Braunschweiger	Pr. 60
Bestes Schmalz	Pr. 70
Kopf und Bein	Pr. 30

empfiehlt  
**Wilh. Strohfeldt**  
Glockengiesserstr. 73  
Markthalle 13, 14 u. 15.

Große Möbel - Ausstellung.

Wer billig und gut Möbel kaufen will, besuche

**Paul Rehder's Möbelgeschäft**  
13 Hundestraße 13.

Gebe auf sämtliche Möbel 2 Jahre schriftliche Garantie.

Achtung Schmiede!

Veranstaltung am Sonnabend den 10. Febr.

abends 8<sup>1/2</sup> Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Z a g e s . O r d u n g :

1. Ausstellung der Delegierten - Kandidaten zur Generalversammlung.
2. Weiterberatung der Anträge der Generalversammlung.
3. Fragestellen und Berichtigungen.

Der Vorstand.